

**GEMEENSCHAPS- EN GEWESTREGERINGEN**  
**GOUVERNEMENTS DE COMMUNAUTE ET DE REGION**  
**GEMEINSCHAFTS- UND REGIONALREGIERUNGEN**

**DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT**  
**COMMUNAUTE GERMANOPHONE — DUITSTALIGE GEMEENSCHAP**

**MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT**

D. 2008 — 4069

[C — 2008/33101]

**23. JUNI 2008 — Dekret über den Schutz der Denkmäler, Kleindenkmäler,  
Ensembles und Landschaften sowie über die Ausgrabungen (1)**

Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft hat das Folgende angenommen und wir, Regierung, sanktionieren es:

KAPITEL I — *Allgemeine Bestimmung*

Begriffsbestimmungen

**Artikel 1** - Für die Anwendung des vorliegenden Dekretes versteht man unter:

1. **Denkmal**: ein durch den Menschen geschaffenes unbewegliches Gut, einschließlich aller Vorrichtungen und dekorativen Elemente, die integraler Bestandteil des unbeweglichen Gutes sind, unter der Voraussetzung, dass dieses Gut durch seinen archäologischen, ästhetischen, historischen, künstlerischen, kulturellen, volkskundlichen, wissenschaftlichen, sozialen oder technischen Wert von allgemeinem Interesse ist;

2. **Ensemble**: eine Gruppierung mehrerer Denkmäler, einschließlich des durch sie eingefassten Raumes und gegebenenfalls ihre Umgebung und die Bestandteile dieser Umgebung, selbst wenn nicht bebaut, unter der Voraussetzung, dass all diese ein ausreichend zusammenhängendes Ganzes bilden, das eine topographische Abgrenzung ermöglicht und durch seinen archäologischen, ästhetischen, historischen, künstlerischen, kulturellen, volkskundlichen, wissenschaftlichen, sozialen oder technischen Wert von allgemeinem Interesse ist;

3. **Landschaft**: ein durch die Natur oder den Menschen und die Natur geschaffenes unbewegliches Gut, unter der Voraussetzung eines ausreichend zusammenhängenden Ganzen, das eine topographische Abgrenzung ermöglicht und durch seinen archäologischen, ästhetischen, historischen, künstlerischen, kulturellen, volkskundlichen, wissenschaftlichen, sozialen oder technischen Wert von allgemeinem Interesse ist;

4. **Schutzbereich**: einen von einem geschützten Denkmal, Ensemble oder einer Landschaft aus oder gleichzeitig hiermit sichtbaren Bereich;

5. **Eigentümer**: eine natürliche Person oder eine Rechtsperson privaten oder öffentlichen Rechtes, die Inhaber eines Eigentumsrechtes, eines Nießbrauchs, eines Erbpachtrechtes oder eines anderen dinglichen Rechtes über ein unbewegliches Gut ist;

6. **Kleindenkmäler**: kleine gebaute Elemente, die alleine stehen oder ein integrierender Bestandteil eines Komplexes sind, das Lebensumfeld prägen, bei der lokalen Bevölkerung als Bezugspunkt dienen oder zum Zugehörigkeitsgefühl beitragen und nicht unter Denkmalschutz stehen;

7. **bedeutende Gebäude**: Gebäude, die in geschichtlicher und architektonischer Hinsicht von Bedeutung sind, aber nicht gemäß Kapitel II des vorliegenden Dekrets unter Schutz stehen/gestellt werden;

8. **archäologische Güter**: unter- oder oberirdische materielle Überreste, einschließlich der paläontologischen Überreste oder ihre Spuren, die als Zeugnisse der Tätigkeit des Menschen oder seiner Umwelt sowie von vergangenen Zeiten und Zivilisationen betrachtet werden, ungeachtet ihres künstlerischen Wertes;

9. **archäologische Sondierung**: eine Veränderung des Zustandes einer archäologischen Stätte, durch die das Vorhandensein, die Art und der Umfang einer archäologischen Stätte beziehungsweise von archäologischen Gütern nachgewiesen werden soll;

10. **archäologische Stätten**: gemeinsame Werke von Mensch und Natur, bei denen es sich um teilweise bebaute Gebiete handelt, die genügend charakteristisch und geschlossen sind, um topographisch abgrenzbar zu sein, und die von herausragender geschichtlicher, archäologischer, künstlerischer, wissenschaftlicher, sozialer oder technischer Bedeutung sind;

11. **Ausgrabungen**: Maßnahmen und Arbeiten, die ausgeführt werden, um nach archäologischen Gütern zu forschen und diese eventuell zu bergen;

12. **Zufallsfund**: eine zufällige Freilegung von archäologischen Gütern;

13. **Kommission**: die Königliche Denkmal- und Landschaftsschutzkommission der Deutschsprachigen Gemeinschaft;

14. **Gemeindekollegium**: das Gemeindekollegium der Gemeinde, in der das Denkmal, die Landschaft, das Ensemble, das archäologische Gut, die archäologische Stätte, das Kleindenkmal oder das bedeutende Gebäude gelegen ist.

KAPITEL II — *Schutz der Denkmäler, Ensembles und Landschaften**Abschnitt 1 — Vorläufige Unterschutzstellung*

## Zielsetzung der vorläufigen Unterschutzstellung

**Art. 2** - Um ihre Absicht der endgültigen Unterschutzstellung eines Denkmals, eines Ensembles oder einer Landschaft zu erklären, verabschiedet die Regierung einen Erlass zur vorläufigen Unterschutzstellung.

## Vorschlag zur Unterschutzstellung

**Art. 3** - § 1 – Der Vorschlag zur Unterschutzstellung der Denkmäler, Ensembles und Landschaften kann ausgehen von:

1. der Regierung;
2. der Kommission;
3. dem Gemeindegremium;
4. dem Eigentümer.

§ 2 – Sind dem Vorschlag beizufügen:

1. die Angabe der Gründe, die eine Unterschutzstellung rechtfertigen;
2. eine Beschreibung des zu schützenden Gutes;
3. ein Katasterplan mit Einzeichnung des zu schützenden Gutes und seines Schutzbereiches;
4. aktuelle Fotos;
5. bei gemäß §1 Nr. 1 bis 3 eingereichten Vorschlägen: die schriftliche Information über die Absicht des Vorschlags zur Unterschutzstellung, versehen mit der Anfrage an den Eigentümer auf Ortsbegehung, sowie das Ergebnisprotokoll der gemeinsam mit dem Eigentümer vorgenommenen Ortsbesichtigung des zu schützenden Gutes. Verweigert der Eigentümer die Ortsbesichtigung wird dies entsprechend im Ergebnisprotokoll vermerkt und das Vorschlagsverfahren zur Unterschutzstellung fortgesetzt.

§ 3 – Der Vorschlag nach §1 Nr. 2 bis 4 ist bei der Regierung einzureichen.

§ 4 – Die Kommission prüft die Vorschläge zur Unterschutzstellung nach §1 Nr. 1, 3 und 4 und kann zur Vervollständigung des Vorschlags weitere Auskünfte anfordern. Sie gibt binnen dreißig Kalendertagen ein Gutachten ab, das sie der Regierung vorlegt.

In besonders dringenden Fällen kann die Regierung die vorläufige Unterschutzstellung ohne Gutachten der Kommission beschließen.

§ 5 – Nachdem ein Vorschlag zur Unterschutzstellung vorliegt, entscheidet die Regierung innerhalb von zwölf Monaten über die Einleitung des Verfahrens zur vorläufigen Unterschutzstellung. Wird das Verfahren nicht eingeleitet, werden der Eigentümer und das Gemeindegremium darüber schriftlich in Kenntnis gesetzt.

## Erlass zur vorläufigen Unterschutzstellung

**Art. 4** - Der Erlass zur vorläufigen Unterschutzstellung enthält:

1. die zwecks Erhalt des geschützten Denkmals, Ensembles oder der geschützten Landschaft auferlegten Einschränkungen;
2. die besonderen Vorschriften zu Erhalt und Unterhalt;
3. im Anhang einen Lageplan, der die genauen Abgrenzungen und den Schutzbereich des zu schützenden Gutes festlegt.

Die besonderen Vorschriften können insbesondere Einschränkungen des Eigentumsrechtes beinhalten, einschließlich des vollständigen oder bedingten Verbotes zu bauen, zu parzellieren oder einzufrieden.

## Gültigkeit der vorläufigen Unterschutzstellung

**Art. 5** - Die vorläufige Unterschutzstellung gilt für maximal zwölf Monate ab dem Zeitpunkt, zu dem der Erlass nach Artikel 4 verbindlichen Charakter hat.

## Informationspflichten

**Art. 6** - § 1 – Der Eigentümer stellt den Mietern und Bewohnern sowie eventuell nachfolgenden Mietern und Bewohnern spätestens bei Vertragsabschluss des Miet- beziehungsweise Nutzungsverhältnisses eine Kopie des Erlasses zur vorläufigen Unterschutzstellung per Einschreiben zu. Erfolgt die vorläufige Unterschutzstellung im Laufe eines Miet- beziehungsweise Nutzungsverhältnisses, übermittelt der Eigentümer den Mietern und Bewohnern den Erlass zur vorläufigen Unterschutzstellung per Einschreiben innerhalb von einundzwanzig Kalendertagen nach Erhalt des Erlasses.

Bei Nichteinhaltung der im vorhergehenden Absatz angeführten Informationspflicht haftet der Eigentümer für die durch das Gericht angeordnete Wiederherstellung des früheren Zustands gesamtschuldnerisch für alle durch die Mieter oder Bewohner begangenen Verstöße.

§ 2 – Der Erlass zur vorläufigen Unterschutzstellung wird beim Hypothekenamt eingetragen.

*Abschnitt 2 — Endgültige Unterschutzstellung*

## Verfahren zur endgültigen Unterschutzstellung

**Art. 7** - § 1 – Im Hinblick auf eine endgültige Unterschutzstellung wird der Erlass zur vorläufigen Unterschutzstellung gleichzeitig folgenden Personen und Einrichtungen zur fakultativen Stellungnahme vorgelegt:

1. dem Eigentümer: Diese Mitteilung erwähnt ausdrücklich die Informationspflicht nach Artikel 6, die Stellungnahme des Eigentümers berücksichtigt gegebenenfalls Hinweise auf die Sozial-verträglichkeit der Maßnahme.
2. dem zuständigen Gemeindegremium zwecks Bekanntmachung durch Aushang und Veröffentlichung in mindestens einer Tageszeitung und einem kostenlos verteilten Anzeigenblatt binnen einer Frist von fünfzehn Kalendertagen nach Empfang der Mitteilung mit dem Vermerk einer Frist von fünfzehn Kalendertagen zur Übermittlung von Anmerkungen. Letztere sind an die Gemeinde zu richten. Während der gesamten Zeit des Aushangs

ist die komplette Akte bei der Gemeindeverwaltung einsehbar, die sich für Erläuterungen zur Verfügung hält. Das Gemeindegremium übermittelt seinen Bericht über diese Anmerkungen mitsamt seiner Stellungnahme innerhalb der in Absatz 2 vorgesehenen Frist.

3. dem Provinzkollegium.
4. der Regierung der Wallonischen Region.

Die Frist für die Abgabe der verschiedenen Stellungnahmen beträgt sechzig Kalendertage und beginnt an dem Datum, an dem der Erlass zur vorläufigen Unterschutzstellung übermittelt wurde. Geht innerhalb dieser Frist keine Stellungnahme ein, wird davon ausgegangen, dass die betreffende Person oder Einrichtung der Unterschutzstellung zustimmt.

Der Mitteilung an den Eigentümer und an das Gemeindegremium liegt eine Kopie des Erlasses zur vorläufigen Unterschutzstellung sowie des vorliegenden Dekretes bei.

§ 2 – Im Hinblick auf eine endgültige Unterschutzstellung wird der Erlass zur vorläufigen Unterschutzstellung ebenfalls der Kommission zur Information übermittelt.

#### Erlass zur endgültigen Unterschutzstellung

**Art. 8 - § 1** – Die Regierung entscheidet durch Erlass über die endgültige Unterschutzstellung der vorläufig geschützten Denkmäler, Ensembles und Landschaften.

Falls der Erlass zur endgültigen Unterschutzstellung nicht binnen der in Artikel 5 erwähnten Frist verabschiedet ist, gilt das Stillschweigen der Regierung als eine implizite Entscheidung, das Gut nicht zu schützen.

§ 2 – Der Erlass zur endgültigen Unterschutzstellung enthält:

1. die zwecks Erhalt des geschützten Denkmals, Ensembles oder der geschützten Landschaft auferlegten Einschränkungen;
2. die besonderen Vorschriften zu Erhalt und Unterhalt;
3. im Anhang einen Lageplan, der die genauen Abgrenzungen und den Schutzbereich des zu schützenden Gutes festlegt.

Die besonderen Vorschriften können insbesondere Einschränkungen des Eigentumsrechtes beinhalten, einschließlich des vollständigen oder bedingten Verbotes zu bauen, zu parzellieren oder einzufrieden.

§ 3 – Der Mitteilung an den Eigentümer liegt eine Kopie des Unterschutzstellungserlasses sowie des vorliegenden Dekretes bei. Die Mitteilung weist ferner ausdrücklich auf die Informationspflicht nach Artikel 9 §1 hin.

§ 4 – Zur Information wird der Erlass zur endgültigen Unterschutzstellung der Kommission, dem zuständigen Gemeindegremium, dem Provinzkollegium und der Regierung der Wallonischen Region übermittelt.

#### Informationspflichten

**Art. 9 - § 1** – Der Eigentümer stellt den Mietern und Bewohnern sowie eventuell nachfolgenden Mietern und Bewohnern spätestens bei Vertragsabschluss des Miet- beziehungsweise Nutzungsverhältnisses eine Kopie des Erlasses zur endgültigen Unterschutzstellung per Einschreiben zu. Erfolgt die endgültige Unterschutzstellung im Laufe eines Miet- beziehungsweise Nutzungsverhältnisses übermittelt der Eigentümer den Mietern und Bewohnern den Erlass zur endgültigen Unterschutzstellung per Einschreiben innerhalb von einundzwanzig Kalendertagen nach Erhalt des Erlasses.

Bei Nichteinhaltung der im vorhergehenden Absatz angeführten Informationspflicht haftet der Eigentümer für die durch das Gericht angeordnete Wiederherstellung des früheren Zustands gesamt-schuldnerisch für alle durch die Mieter oder Bewohner begangenen Verstöße.

§ 2 – Der Erlass zur endgültigen Unterschutzstellung wird beim Hypothekenamt eingetragen.

Abschnitt 3 — Schutzwirkung einer vorläufigen oder endgültigen Unterschutzstellung eines Denkmals, Ensembles oder einer Landschaft

#### Erhaltungspflicht

**Art. 10 - § 1** – Neben den im Unterschutzstellungserlass festgelegten Maßnahmen beziehungsweise auferlegten Verpflichtungen sind die Eigentümer, Mieter und sämtliche Bewohner von vorläufig oder endgültig geschützten Denkmälern, Ensembles oder Landschaften verpflichtet, diese durch die notwendigen Unterhaltsarbeiten in gutem Zustand zu erhalten und weder Veränderungen, Beschädigungen, Zerstörungen noch sonstige Beeinträchtigungen vorzunehmen, es sei denn, die Regierung hat sie gemäß Artikel 13 genehmigt.

§ 2 – Die Regierung kann von dem Eigentümer eines geschützten Gutes die Durchführung von Arbeiten verlangen.

Falls der Eigentümer die zur Vorbeugung der Zerstörung beziehungsweise Beschädigung eines geschützten unbeweglichen Gutes erforderlichen Arbeiten unterlässt, kann – entsprechend den Auflagen der Regierung – die Gemeinschaft, die Provinz oder die Gemeinde an seine Stelle treten und die zur Erhaltung des Gutes erforderlichen vorsorglichen Maßnahmen ergreifen. Die Gemeinde beziehungsweise die Provinz erhält dann die von der Gemeinschaft gewährten Zuschüsse.

Wenn keine Einigung mit dem Eigentümer zustande kommt, können die in vorherigem Absatz erwähnten Behörden die aufgewendeten Kosten durch jeglichen Rechtsweg zurückfordern, sofern sie im Interesse des Gutes aufgewendet sind. Wenn das Gut einer privatrechtlichen Person gehört und es sich nicht um kleine Instandhaltungsarbeiten handelt, kann diese beantragen, dass die betreffende Behörde ihr Gut erwirbt. In diesem Fall sind von dem Kaufpreis die für die Schutzmaßnahmen eventuell aufgewendeten Kosten abzurechnen.

#### Versetzung

**Art. 11** – Die vollständige oder teilweise Versetzung eines geschützten Denkmals an eine andere Stelle ist verboten, es sei denn, seine Erhaltung erfordert dies. Die Regierung beschließt nach Anhörung der Kommission und gegebenenfalls weiterer Experten die geeigneten Maßnahmen bezüglich des Abbaus, der Versetzung und des Wiederaufbaus des Denkmals sowie des neuen Standorts.

#### Entschädigung

**Art. 12 - § 1** – Wenn durch ein Bau- oder Erschließungsverbot, das in der Unterschutzstellung eines unbeweglichen Gutes bestimmt ist, einer Nutzung oder Zweckbestimmung dieses Gutes ein Ende gesetzt wird, kann der Eigentümer zu Lasten der Gemeinschaft eine Entschädigung beantragen. Diese Nutzung oder Zweckbestimmung

des geschützten Gutes muss am Tag vor dem Inkrafttreten der vorläufigen Unterschutzstellung schon bestehen oder nachweislich deren Umsetzung innerhalb der zwölf Monate nach Inkrafttreten der vorläufigen Unterschutzstellung geplant sein. Dieser Anspruch setzt voraus, dass das Gut an diesem Tag zur Bebauung geeignet war und an einem im Hinblick auf die Ortslage ausreichend ausgestatteten Verkehrsweg lag. Außerdem muss der Antragsteller beweisen, dass er wirklich durch konkrete und eindeutige Handlungen versucht hat, die Nutzung oder Zweckbestimmung, der ein Ende gesetzt wird, zu erzielen.

Der Entschädigungsanspruch entsteht zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des Erlasses zur endgültigen Unterschutzstellung.

§ 2 – Für die Entschädigung kann nur die Wertminderung berücksichtigt werden, die sich aus dem Baubeziehungsweise Erschließungsverbot ergibt und mindestens 20% des Wertes des Gutes beträgt.

Die Entschädigung wird in dem Maße vermindert oder verweigert, wie der Eigentümer einen Nutzen aus der Unterschutzstellung des Gutes zieht.

Die Gemeinschaft kann sich von ihrer Pflicht zur Gewährung einer Entschädigung befreien, entweder indem sie das Gut abkauft oder indem sie die Bestimmungen des Unterschutzstellungserlasses, durch den der Entschädigungsanspruch entstanden ist, ändert.

§ 3 – Die Entschädigung ist ausgeschlossen:

1. wenn der Eigentümer das unbewegliche Gut erworben hat, als bereits einer Unterschutzstellung vorlag;
2. wenn es um ein Verbot geht, Firmenzeichen, Werbevorrichtungen oder Beleuchtung auf dem unbeweglichen Gut anzubringen;
3. wenn es um ein Verbot geht, gefährliche, lästige und gesundheitsgefährdende Betriebe über den Zeitraum hinaus weiterzuführen, für den die Betreibung zugelassen worden ist;
4. wenn der Eigentümer selbst die Unterschutzstellung beantragt hat oder dieser Unterschutzstellung ausdrücklich zugestimmt hat.

§ 4 – Die Gemeinschaft kann die Rückerstattung der um die gesetzlichen Zinsen erhöhten Entschädigungen von den Empfängern, ihren Rechtsnachfolgern oder ihren anspruchsberechtigten Angehörigen verlangen, wenn keine Unterschutzstellung des unbeweglichen Gutes mehr vorliegt und die Unterschutzstellung vor weniger als zwanzig Jahren vorgenommen worden ist.

§ 5 – Die Forderungen verjähren sechs Monate nach dem Tag, an dem der Entschädigungsanspruch nach § 1 beziehungsweise der Anspruch auf Rückerstattung nach § 4 entsteht.

#### Denkmalgenehmigung

**Art. 13 - § 1** – Wenn natürliche oder juristische Personen bauliche Veränderungsarbeiten oder Veränderungen des Erscheinungsbildes am vorläufig oder endgültig geschützten Gut durchführen wollen, muss vorher das Einverständnis der Regierung in Form einer Denkmalgenehmigung vorliegen. Dies gilt ebenfalls für das Anbringen von Firmenzeichen und Werbevorrichtungen sowie von Beleuchtung.

Zu den betroffenen geschützten Gütern zählen auch die im Schutzbereich gelegenen Güter.

Das Einverständnis der Regierung kann an Bedingungen geknüpft sein.

§ 2 – Es obliegt dem bauwilligen Eigentümer, Mieter oder Bewohner die Denkmalgenehmigung per Einschreiben bei der Regierung zu beantragen. Zu diesem Zweck ist das von der Regierung festgelegte Antragsformular zu verwenden.

Beim Eintreffen eines Antrags auf eine Städtebau- oder Erschließungsgenehmigung setzt das zuständige Gemeindegremium den Antragsteller schriftlich über die Verpflichtung zur Erlangung einer Denkmalgenehmigung in Anwendung von § 1 in Kenntnis. Eine Abschrift dieser Mitteilung wird der Regierung zeitgleich zugestellt.

§ 3 – Dem schriftlichen Antrag auf Denkmalgenehmigung sind die folgenden Unterlagen beizufügen:

1. der Eigentumsnachweis für das fragliche Gut;
2. zusätzlich ist eine schriftliche Einwilligung des Eigentümers über die geplanten baulichen Veränderungsarbeiten oder Veränderungen des Erscheinungsbildes am fraglichen Gut zu erbringen, falls es sich beim Antragsteller nicht um den Eigentümer handelt;
3. eine Beschreibung der Veränderungsarbeiten samt aktueller Fotos vom fraglichen Gut und der Teile des Guts, die von den geplanten Arbeiten betroffen sind.

Innerhalb von fünfzehn Kalendertagen nach Eingang des Antrags auf Denkmalgenehmigung fragt die Regierung gegebenenfalls fehlende oder unvollständige Dokumente nach. Wenn der Antrag vollständig vorliegt, wird dem Antragsteller dies schriftlich mitgeteilt.

Nachdem die Regierung die Vollständigkeit der Akte bestätigt hat, beantragt sie innerhalb von fünfzehn Kalendertagen bei der Kommission und dem Gemeindegremium ein Gutachten. Die Kommission und das Gemeindegremium verfügen für die Abgabe ihrer Gutachten über dreißig Kalendertage ab dem Datum, an dem der Antrag der Regierung zugestellt wurde. Geht innerhalb dieser Frist kein Gutachten ein, wird davon ausgegangen, dass die Kommission beziehungsweise das Gemeindegremium der Denkmalgenehmigung zustimmt. Ab der Zustellung des Gutachtens beziehungsweise ab Ablauf der dreißigtägigen Frist für die Abgabe eines Gutachtens verfügt die Regierung über dreißig Kalendertage, um eine Entscheidung in Bezug auf die Denkmalgenehmigung zu treffen. Wird innerhalb dieser Frist keine Entscheidung gefällt, wird davon ausgegangen, dass die Regierung die Denkmalgenehmigung erteilt.

Falls erforderlich, kann die Regierung vor ihrer Entscheidung ein Treffen zur Erörterung der Anfrage auf Denkmalgenehmigung mit den betroffenen Akteuren anberaumen.

Die Entscheidungen bezüglich der Anträge auf Denkmalgenehmigung werden außer dem Antragsteller auch in Abschrift den in Artikel 7 § 1 Absatz 1 Nr. 1 und 2 aufgeführten Adressaten zugestellt.

Binnen dreißig Kalendertagen nach Erhalt der Entscheidung der Regierung kann der Antragsteller Einspruch bei der Regierung erheben. Der begründete Einspruch wird per Einschreiben eingereicht. Die Regierung verfügt über dreißig Kalendertage, um zu entscheiden.



§ 4 – Für Arbeiten, die ohne Denkmalgenehmigung oder entgegen der in ihr enthaltenen Vorschriften vorgenommen wurden, ist der Verursacher zu seinen Lasten nach Aufforderung und Maßgabe der Regierung zur teilweisen oder vollständigen Versetzung in den vorherigen Zustand oder zur Korrektur der vorgenommenen Veränderungen verpflichtet.

§ 5 – Wenn die Arbeiten nicht innerhalb von zwei Jahren nach Erhalt der Denkmalgenehmigung in erheblichem Umfang begonnen worden sind, verfällt die Genehmigung. Auf Antrag kann sie einmal um ein Jahr verlängert werden. Der Antrag auf Verlängerung ist spätestens einen Monat vor dem Ablauf der Gültigkeitsdauer einzureichen.

§ 6 – Bei Dringlichkeit kann die Regierung in Abweichung zu §3 auf das Gutachten der Kommission verzichten.

§ 7 – Die Regierung legt die näheren Modalitäten fest.

#### Enteignungen

**Art. 14** - Die Gemeinschaft, die Provinz oder die Gemeinde können endgültig geschützte Denkmäler, Ensembles oder Landschaften, die nicht hinreichend unterhalten werden, im öffentlichen Interesse enteignen. In diesem Falle wird das öffentliche Interesse durch die Regierung erklärt.

Falls die Regierung die Enteignung vornimmt, informiert sie vorher die betroffene Gemeinde und die Provinz über ihre Absicht.

Die Enteignung wird nach dem im Gesetz vom 26. Juli 1962 über das Verfahren bei höchster Dringlichkeit in Bezug auf die Enteignung zum Nutzen der Allgemeinheit vorgesehenen Verfahren durchgeführt.

Ein endgültig geschütztes Gut, das in Anwendung dieses Dekrets enteignet wurde, kann öffentlichrechtlichen oder privatrechtlichen Personen übertragen werden. Provinz und Gemeinde müssen dazu die vorherige Genehmigung der Regierung einholen. Der Empfänger verpflichtet sich, das Gut unter den in der Übertragungsakte aufgeführten Bedingungen zu nutzen.

Nach dem gleichen Verfahren kann ebenfalls ein Gut enteignet werden, das im Schutzbereich eines Denkmals, eines Ensembles oder einer Landschaft gelegen ist, um ein endgültig geschütztes Gut zu isolieren, hervorzuheben oder zu sanieren.

#### Wirkung bei Eigentumsübertragung

**Art. 15** - Die rechtlichen Wirkungen der Unterschutzstellung bleiben in Kraft, unabhängig davon, in wessen Besitz das geschützte Gut übergeht.

Im Falle einer Übertragung des Eigentums eines vorläufig oder endgültig geschützten Denkmals, eines Teils eines Ensembles oder eines in einer Landschaft gelegenen unbeweglichen Gutes ist der beurkundende Amtsträger verpflichtet, in der Übertragungsakte zu vermerken, dass das betreffende Gut vorläufig oder endgültig geschützt ist. Der Übertragungsakte wird eine Kopie des Unterschutzstellungserlasses beigefügt. Der beurkundende Amtsträger informiert unverzüglich die Regierung und die betroffene Gemeindeverwaltung über die Identität und Adresse des neuen Eigentümers eines geschützten Gutes.

Bei der öffentlichen Bekanntmachung der Übertragung eines geschützten Gutes ist der beurkundende Amtsträger verpflichtet, die Unterschutzstellung dieses Gutes zu erwähnen.

#### Widerruf der Unterschutzstellung

**Art. 16** - Um die Unterschutzstellung eines unbeweglichen Gutes zu widerrufen, wendet die Regierung die jeweiligen Verfahren an, die in den Artikeln 2 bis 9 vorgesehen sind.

Artikel 3 §4 Absatz 2 ist jedoch nicht anwendbar.

Abschnitt 4 — Verzeichnis der vorläufig und endgültig geschützten Denkmäler, Ensembles und Landschaften und ihre Kennzeichnung

#### Verzeichnis der vorläufig und endgültig geschützten Denkmäler, Ensembles und Landschaften

**Art. 17** - Die Regierung führt für jede Gemeinde ein Verzeichnis der vorläufig und endgültig geschützten Denkmäler, Ensembles und Landschaften und hält dieses auf dem neuesten Stand.

#### Kennzeichen

**Art. 18** - Die endgültig geschützten Denkmäler, Ensembles und Landschaften werden mit einem von der Regierung festgelegten Kennzeichen versehen.

#### KAPITEL III — *leindenkmäler und andere Bedeutende Gebäude*

#### Verzeichnis für Kleindenkmäler und andere bedeutende Gebäude

**Art. 19** - Die Regierung führt ein Verzeichnis für Kleindenkmäler und andere bedeutende Gebäude der Deutschsprachigen Gemeinschaft und hält dieses auf dem neuesten Stand.

Das Register verzeichnet:

1. die Kleindenkmäler sowie
2. alle bedeutenden Gebäude.

Die Regierung legt die näheren Modalitäten fest.

#### Aufnahme ins Verzeichnis für Kleindenkmäler und andere bedeutende Gebäude

**Art. 20** - § 1 – Vorschlagsberechtigt für die Aufnahme ins Verzeichnis für Kleindenkmäler und andere bedeutende Gebäude sind:

1. die Kommission und
2. die in den Ortschaften des deutschen Sprachgebiets ansässigen Dorf- und Interessengruppen und
3. das Gemeindegremium.

Die in Absatz 1 genannten Vorschlagsberechtigten reichen ihre Vorschläge gemäß dem von der Regierung festgelegten Antragsformular ein. Die Kommission prüft die Vorschläge nach Absatz 1 Nrn. 2 und 3 und gibt ein Gutachten ab, das sie der Regierung vorlegt.

§ 2 – Die Regierung entscheidet über die Aufnahme in das Verzeichnis für Kleindenkmäler und andere bedeutende Gebäude.

### Bezuschussungsgrundsatz

**Art. 21** - Im Rahmen der zu diesem Zweck verfügbaren Haushaltsmittel kann die Regierung pauschale Zuschüsse für die integrierte Erhaltung von Kleindenkmälern und Gebäuden gewähren, die in das Verzeichnis für Kleindenkmäler und andere bedeutende Gebäude nach Artikel 20 aufgenommen wurden. Zu gewährleisten sind die Sichtbarkeit und öffentliche Zugänglichkeit des Kleindenkmals und die Sichtbarkeit der Gebäude.

Unter integrierter Erhaltung versteht man die Gesamtheit der getroffenen Maßnahmen, damit dieses Kulturerbe:

1. weiter besteht,
2. in einer entsprechenden bebauten oder natürlichen Umgebung aufrechterhalten wird,
3. eine Verwendung findet und
4. den Anforderungen der Gesellschaft angepasst wird.

### Bezuschussungsantrag

**Art. 22** - Der Antragssteller reicht einen schriftlichen Antrag auf Zuschussung bei der Regierung ein. Dem Antrag sind folgende Dokumente beizufügen:

1. eine Beschreibung des Projekts und der vorzusehenden Maßnahmen, ein Lageplan sowie aktuelle Fotos des betroffenen Gebäudes oder Kleindenkmals;
2. eine aufgeschlüsselte Kostenschätzung mit Angaben zu Fremdleistungen durch spezialisierte Firmen einerseits und bei Eigenleistungen Angaben zu den Materialkosten andererseits;
3. das formelle Einverständnis des Eigentümers, falls der Antragsteller nicht der Eigentümer ist.

Der Antrag wird der Kommission zur Begutachtung übermittelt. Diese gibt ein Gutachten ab.

### Höhe des Zuschusses

**Art. 23** - Der Zuschuss beträgt höchstens 2.500 EUR, wobei die annehmbaren Kosten bis zu 100% übernommen werden können. Der Zuschuss kann sich auch nur auf einen Teil der im Antrag aufgeführten Arbeiten beziehen.

Die annehmbaren Kosten betreffen ausschließlich die Maßnahmen zur integrierten Erhaltung nach Artikel 21. Sie umfassen gegebenenfalls auch die betreffenden Honorarkosten und die Mehrwertsteuerzahlungen, insoweit kein Anrecht auf Absetzbarkeit der Mehrwertsteuer besteht.

Der Höchstbetrag des Zuschusses wird in der Zuerkennungsentscheidung der Regierung endgültig festgelegt.

Zur Anpassung an die verfügbaren Haushaltsmittel kann der Höchstbetrag der Zuschüsse mit einem Koeffizienten multipliziert werden.

### Überprüfung und Rückforderung

**Art. 24** - Nach Abschluss der Arbeiten übermittelt der Antragsteller:

1. die Belege für die annehmbaren Kosten;
2. die Städtebaugenehmigung soweit erforderlich.

Die Regierung lässt durch den gemäß Artikel 44 beauftragten Beamten vor Ort die Übereinstimmung der Veränderungen mit der Zuerkennungsentscheidung überprüfen. Insoweit diese Prüfung positiv verläuft, wird der Zuschuss ausbezahlt.

Die Regierung kann den Zuschuss ganz oder teilweise zurückfordern, wenn innerhalb einer Frist von zwei Jahren nach Auszahlung des Zuschusses ein Verstoß gegen die Zuerkennungsbedingungen festgestellt wird.

## KAPITEL IV — Ausgrabungen

### Abschnitt 1 — Schutzmaßnahmen

#### Verzeichnis der archäologischen Stätten und Genehmigungspflicht

**Art. 25** - Die Regierung führt ein Verzeichnis der archäologischen Stätten mit deren jeweiligen Ausmaßen.

Bei Eintragung einer neuen archäologischen Stätte werden darüber informiert:

1. alle Personen, die der Mehrwertsteuer-, Register- und Domänenverwaltung als Eigentümer bekannt sind und deren Grundstücke sich im Ausmaßbereich der archäologischen Stätte befinden. Der Eigentümer teilt den Mietern und Bewohnern sowie eventuell nachfolgenden Mietern und Bewohnern spätestens bei Vertragsabschluss des Mietbeziehungsweise Nutzungsverhältnisses die Eintragung des Grundstücks als archäologische Stätte mit. Erfolgt die Eintragung des Grundstücks als archäologische Stätte im Laufe eines Miet- beziehungsweise Nutzungsverhältnisses übermittelt der Eigentümer den Mietern und Bewohnern die Entscheidung über die Eintragung sowie eine Kopie des entsprechenden Auszugs aus dem Verzeichnis der archäologischen Stätten per Einschreiben innerhalb von einundzwanzig Kalendertagen nach Erhalt der Entscheidung. Bei Nichteinhaltung dieser Informationspflicht haftet der Eigentümer gesamtschuldnerisch für die von den Mietern und Bewohnern begangenen Verstöße gegen die Bestimmungen aus Absatz 3;

2. das zuständige Gemeindekollegium;
3. das Provinzkollegium;
4. die Regierung der Wallonischen Region;
5. die Kommission.

Veränderungsarbeiten an archäologischen Stätten, die im Verzeichnis der archäologischen Stätten aufgenommen sind, bedürfen der vorherigen Genehmigung durch die Regierung. Davon betroffen sind nur Arbeiten, die die archäologischen Güter als solche verändern, instand setzen oder beeinträchtigen könnten. Die Genehmigung legt die Bedingungen und Auflagen für die Durchführung der Arbeiten fest.

### Abschnitt 2 — Archäologische Sondierungen und Ausgrabungen

#### Erlaubnis

**Art. 26** - Ausgrabungen oder archäologische Sondierungen dürfen nur mit vorheriger Erlaubnis der Regierung beziehungsweise in ihrem Auftrag vorgenommen werden.

Die Erlaubnis bezieht sich auf eine bestimmte Stätte. Sie gibt die Berechtigten, die Bedingungen und Auflagen sowie ihre Laufzeit an. Diese Laufzeit kann einmal verlängert werden. Die Regierung trifft ihre Entscheidung binnen sechzig Kalendertagen ab Erhalt des Antrags. Trifft die Regierung innerhalb dieser Frist keine Entscheidung, wird davon ausgegangen, dass die Erlaubnis erteilt wurde. Die Regierung legt die näheren Modalitäten fest.

Von der Erteilung einer Erlaubnis unterrichtet werden:

1. der Antragsteller;
2. die Kommission;
3. der Eigentümer, falls er nicht Antragsteller ist. Der Eigentümer setzt etwaige Mieter und Bewohner über die Erlaubnis in Kenntnis;
4. das Gemeindegremium.

Aussetzung, Entzug

**Art. 27** - Die Erlaubnis kann ausgesetzt oder entzogen werden:

1. wenn die Bedingungen und Auflagen nicht eingehalten werden;
2. wenn sich herausstellt, dass der wissenschaftliche Sachverstand oder die eingesetzten personellen und technischen Mittel aufgrund der Bedeutung der Funde unzureichend sind.

Die Regierung legt die näheren Modalitäten fest.

Forschungsgrabungen des Ministeriums

**Art. 28** - Im Auftrag der Regierung kann die zuständige Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft jederzeit archäologische Sondierungen und Ausgrabungen aller Art vornehmen.

Die Kommission wird davon unterrichtet.

Suchgeräte

**Art. 29** - Die Verwendung elektronischer oder magnetischer Suchgeräte im Hinblick auf das Aufspüren archäologischer Güter ist untersagt, außer für die Inhaber der in Artikel 26 genannten Erlaubnis und im Falle des Auftrags durch die Regierung.

*Abschnitt 3 — Archäologische Sondierungen und Ausgrabungen im öffentlichen Interesse*

Funde anlässlich von Bauarbeiten

**Art. 30** - Bei Zufallsfunden anlässlich von Bauarbeiten kann die Regierung beschließen, dass es im öffentlichen Interesse liegt,

1. entweder die weitere Durchführung der Bauarbeiten für eine Frist von höchstens sechzig Kalendertagen auszusetzen, um archäologische Sondierungen oder Ausgrabungen vornehmen zu lassen
2. oder die Bauarbeiten zu stoppen und nach Gutachten der Kommission die für den Schutz der betroffenen archäologischen Güter notwendigen Bedingungen und Auflagen festzulegen, unter denen die Arbeiten weitergeführt werden können.

Nutzung im öffentlichen Interesse

**Art. 31** - Ein Erlass der Regierung kann entscheiden, dass es im öffentlichen Interesse ist, eine Stätte vorübergehend zu nutzen, um archäologische Sondierungen oder Ausgrabungen vorzunehmen. Außer in Dringlichkeitsfällen ist das Gutachten der Kommission erforderlich.

Der Erlass bestimmt für jede Stätte die Bedingungen, unter denen diese Maßnahmen ausgeführt werden. Er bestimmt die für die archäologischen Sondierungen oder Ausgrabungen befugten Personen, grenzt den in Besitz zu nehmenden Raum einschließlich der für die Maßnahme notwendigen Zugänge ab und gibt Beginndatum und Dauer der Maßnahme an.

Der Erlass wird dem Eigentümer der Stätte durch Einschreibebrief zugestellt. Er wird der Kommission mitgeteilt.

Binnen zehn Kalendertagen nach Empfang der Mitteilung setzt der Eigentümer den Mieter oder Bewohner des Immobiliengutes durch Einschreibebrief von diesem Erlass in Kenntnis. In der dem Eigentümer zugestellten Mitteilung wird diese Pflicht erwähnt.

Die durch den Erlass beschlossenen archäologischen Sondierungen oder Ausgrabungen dürfen fünfzehn Kalendertage nach dem Datum des Zustellungseinschreibens an den Eigentümer begonnen werden.

Rückversetzung nach Nutzung im öffentlichen Interesse

**Art. 32** - Nach Ablauf der in Artikel 31 Absatz 2 erwähnten Frist für die Nutzung im öffentlichen Interesse ist die archäologische Stätte wieder in den Zustand zurückzusetzen, in dem sie sich vor der Ausführung der in demselben Artikel erwähnten Arbeiten befand, es sei denn, es wird ein Verfahren zur Unterschutzstellung oder zur Enteignung der Stätte im öffentlichen Interesse eingeleitet.

Enteignung

**Art. 33** - Auf Grund des Gutachtens der Kommission kann die Regierung im öffentlichen Interesse die Enteignung archäologischer Stätten betreiben, um archäologische Güter auszugraben, sie zu untersuchen oder hervorzuheben. Das öffentliche Interesse wird durch die Regierung erklärt. Die Enteignung wird nach dem im Gesetz vom 26. Juli 1962 über das Verfahren bei höchster Dringlichkeit in Bezug auf die Enteignung zum Nutzen der Allgemeinheit vorgesehenen Verfahren durchgeführt.

*Abschnitt 4 — Zufallsfunde*

Meldepflicht

**Art. 34** - § 1 – Werden unter der Erd- beziehungsweise Wasseroberfläche Gegenstände gefunden, die infolge ihrer Lage, Form oder Beschaffenheit offenkundig als archäologisches Gut diesem Dekret unterliegen könnten, so muss dies unverzüglich, spätestens am siebten Kalendertag nach der Auffindung, der zuständigen Dienststelle des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft gemeldet werden. Gleiches gilt auch für Gegenstände, die lediglich durch Ereignisse wie Regen, Pflügen oder dergleichen zufällig teilweise oder vollständig an die Oberfläche gelangen.

Zur Meldung sind je nach Kenntnis verpflichtet: der Finder, der Eigentümer des Grundstückes, der Mieter oder andere Benutzer sowie gegebenenfalls der verantwortliche Bauleiter. Sobald eine ordnungsgemäße Meldung erfolgt ist, sind die übrigen Genannten von ihrer Meldepflicht befreit. Die zuständige Dienststelle des Ministeriums informiert Eigentümer und Nutzer des betroffenen Grundstückes, insofern sie nicht Finder sind, sowie die betroffene Gemeindeverwaltung.

§ 2 – Der Zustand der Fundstelle und der aufgefundenen Gegenstände ist bis zum Ablauf von fünfzehn Kalendertagen ab erfolgter Meldung unverändert zu belassen. Dieser Verpflichtung ist nicht nachzukommen, wenn die zuständige Dienststelle des Ministeriums diese Beschränkung vorher aufhebt beziehungsweise die Fortsetzung von Arbeiten gestattet oder wenn eine unmittelbare Gefahr für Leben und Gesundheit von Menschen oder für die Erhaltung der Funde besteht. Binnen der gleichen Frist müssen die Fundstelle und die aufgefundenen Gegenstände vor Schäden, Veränderungen und Zerstörungen geschützt werden und vom Eigentümer, vom Mieter und von anderen Benutzern zugänglich gemacht werden, damit die zuständige Dienststelle des Ministeriums Untersuchungen vornehmen kann.

Die in Absatz 1 vorgesehene Frist kann durch die Regierung je nach Ausmaß der archäologischen Stätte bis auf insgesamt drei Monate verlängert werden.

Die Regierung kann gegebenenfalls entsprechend dem Gutachten der Kommission die bei den weiteren Arbeiten zu beachtenden Richtlinien und Auflagen festlegen. Diese sind dem Eigentümer oder anderen Bauberechtigten mitzuteilen. Falls diese nicht eingehalten werden, kann die Regierung die Bauarbeiten stoppen, bis genügend Garantien für die Beachtung der Auflagen vorliegen.

#### Abschnitt 5 — Entschädigungen

##### Grundsatz

**Art. 35** - Dem Antragsteller, der den Beweis von materiellen Schäden erbringt, wird eine Entschädigung gewährt, wenn diese Schäden sich aus folgenden Gründen ergeben:

1. aus der in Artikel 30 vorgesehenen Aussetzung oder dem Stopp der Bauarbeiten;
2. aus der in Artikel 31 vorgesehenen Nutzung im öffentlichen Interesse;
3. aus der Verlängerung der in Artikel 34 erwähnten Frist von fünfzehn Tagen, wenn die ganze Frist, ungeachtet der Tage mit ungünstigen Witterungseinflüssen, mehr als dreißig Tage beträgt.

Die Regierung legt den Betrag der Entschädigung fest und gewährt sie. Im Streitfall bestimmt der Friedensrichter den Betrag der Entschädigung.

Es ist keine Entschädigung zu zahlen, wenn der Antragsteller gegebenenfalls seiner in Artikel 34 vorgesehenen Meldepflicht nicht oder verspätet nachgekommen ist.

#### KAPITEL V — Königliche Denkmal- und Landschaftsschutzkommission der Deutschsprachigen Gemeinschaft

##### Zusammensetzung

**Art. 36** - § 1 – Die Kommission besteht aus neun Mitgliedern, die eine ausreichende Erfahrung in Sachen Denkmal- und Landschaftsschutz vorweisen.

Die Regierung ernennt die Mitglieder nach öffentlichem Aufruf. Können nicht zum Mitglied der Kommission ernannt werden:

1. die Personalmitglieder der Regierungsdienststellen und des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft;
2. Mitglieder des Europäischen Parlaments, des föderalen Parlaments, eines Gemeinschafts- oder Regionalparlaments, einer Regierung, eines Provinzial- oder Gemeinderates oder des Provinzkollegiums;
3. ein Provinzgouverneur.

§ 2 – Die Regierung ernennt unter den Mitgliedern der Kommission einen Präsidenten und einen Vizepräsidenten.

##### Amtszeit

**Art. 37** - Die Ernennung zum Mitglied der Kommission gilt für vier Jahre. Wenn ein Mitglied vorzeitig ersetzt werden muss, führt das neue Mitglied das Mandat zu Ende.

##### Aufgaben

**Art. 38** - Im Rahmen der Zuständigkeiten der Deutschsprachigen Gemeinschaft für die Angelegenheit Denkmäler und Landschaften einschließlich der Ausgrabungen nimmt die Kommission die ihr durch Dekrete und Erlasse zugewiesenen Aufgaben wahr.

Sie fasst auf Anfrage der Regierung Stellungnahmen zu Fragen des kulturellen Erbes sowie zur Angelegenheit Denkmäler und Landschaften einschließlich der Ausgrabungen. Unbeschadet anders lautender Bestimmungen aus diesem Dekret sind diese Stellungnahmen binnen dreißig Kalendertagen abzugeben.

##### Informationen

**Art. 39** - Die Kommission erhält alle notwendigen Informationen.

Sie kann zur Erfüllung ihrer Aufgaben jede ihr nützlich erscheinende Person zu den Sitzungen einladen.

##### Diskretionspflicht

**Art. 40** - Alle bei den Sitzungen der Kommission anwesenden Personen unterliegen der Diskretionspflicht, von der sie nötigenfalls die Regierung entbinden kann.

##### Geschäftsordnung

**Art. 41** - Die Kommission gibt sich eine Geschäftsordnung, die der Regierung zur Billigung vorgelegt wird.

Die Geschäftsordnung gibt insbesondere an, in welchen Fällen die Mitglieder der Kommission wegen persönlichen Interesses nicht an den Sitzungen teilnehmen können.



KAPITEL VI — *Schlussbestimmungen*

## Berechnung der Fristen

**Art. 42** - Die in diesem Dekret aufgeführten Fristen werden zwischen dem 16. Juli und dem 14. August ausgesetzt.

## Strafbestimmungen

**Art. 43** - Unbeschadet der Anwendung der durch die Strafgesetzgebung oder andere Gesetze oder Dekrete vorgesehenen Maßnahmen wird mit einer Gefängnisstrafe von acht Tagen bis zu sechs Monaten und einer Geldbuße von 100 bis 5.000 EUR oder einer dieser Strafen alleine belegt:

1. wer es unterlässt, die im Unterschutzstellungserlass gemäß Artikel 4 und 8 festgelegten Vorschriften zu befolgen;
2. wer bauliche Veränderungen am geschützten Gut ohne die in Artikel 13 vorgesehene Denkmalgenehmigung oder entgegen der darin enthaltenen Vorschriften durchführt;
3. wer Veränderungen innerhalb einer in dem Verzeichnis der archäologischen Stätten aufgenommenen archäologischen Stätte ohne die in Artikel 26 vorgesehene Erlaubnis oder entgegen der darin enthaltenen Vorschriften durchführt;
4. der beurkundende Amtsträger, der es unterlässt, gemäß Artikel 15 in der Übertragungsakte zu vermerken, dass das betreffende Gut vorläufig oder endgültig geschützt ist;
5. wer gegen das in Artikel 29 vorgesehene Verbot der Verwendung eines elektronischen oder magnetischen Suchgeräts verstößt.

Die Bestimmungen des ersten Buches des Strafgesetzbuches einschließlich des Kapitels VII und des Artikels 85 sind auf die in Absatz 1 genannten Übertretungen anwendbar.

## Kontrolle

**Art. 44** - Unbeschadet anderer Gerichtspolizeioffiziere, die auf Grundlage anderer Rechtsvorschriften bezeichnet worden sind, kann die Regierung Beamten und Bediensteten des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft für die Ermittlung und Feststellung in Form von Protokollen der in Artikel 43 genannten Verstöße die Eigenschaft als Gerichtspolizeioffizier zuerkennen. Sie handeln erforderlichenfalls gemeinsam mit Sachverständigen.

## Zutritts- und Auskunftsrecht

**Art. 45** - Die in Artikel 44 genannten Beamten und Bediensteten haben nach vorheriger Benachrichtigung des Eigentümers Zutritt zu der Baustelle, den Gebäuden sowie den vorläufig oder endgültig geschützten Denkmälern, um alle notwendigen Ermittlungen und Feststellungen vorzunehmen. Sie dürfen alle – selbst abgeschlossene und abgedeckte – Orte besichtigen, wo Bohrungen und Ausgrabungen stattfinden, um sich alle Auskünfte mitteilen zu lassen, die sie als nützlich betrachten, soweit es für die Erfüllung der sich aus diesem Dekret ergebenden Aufgaben notwendig ist.

Nimmt die Inspektion nach Absatz 1 die Gestalt einer Haussuchung an, so darf der Beamte oder der Bedienstete sie nur dann vornehmen, wenn ihm wiederholt der Zutritt verweigert wurde, Anhaltspunkte für Übertretungen bestehen und er dazu durch den Polizeirichter befugt wurde.

Unbeschadet der Anwendung von strengeren, in den Artikeln 269 und 275 des Strafgesetzbuches bestimmten Strafen wird jeder, der die Ausübung des im vorherigen Absatz vorgesehenen Haussuchungsrechts verhindert oder behindert, mit einer Gefängnisstrafe von acht bis fünfzehn Tagen und einer Geldbuße von 50 bis 300 EUR oder mit einer dieser Strafen belegt.

## Anordnungen

**Art. 46** - Die in Artikel 44 genannten Beamten und Bediensteten dürfen die Unterbrechung der Arbeiten, die Einstellung der Benutzung des Gebäudes oder die Ausführung von Handlungen mündlich an Ort und Stelle anordnen, falls sie feststellen, dass diese nicht der erteilten Denkmalgenehmigung entsprechen oder ohne Denkmalgenehmigung ausgeführt werden. Dadurch eventuell für den Betroffenen entstehende Kosten werden nicht entschädigt.

Unter Androhung der Nichtigkeit muss die Anordnung innerhalb von fünf Tagen durch die Regierung bestätigt werden.

Das Feststellungsprotokoll und der Bestätigungsbeschluss sind dem Bauherrn, der Person oder dem Unternehmer, die beziehungsweise der die Arbeiten ausführt, oder der Person, die das Gebäude benutzt, per Einschreiben mit Empfangsbestätigung zuzustellen.

Der Betreffende kann beim Präsidenten des Gerichts Erster Instanz mittels des einstweiligen Verfahrens die Aufhebung der Maßnahmen beantragen.

Die oben erwähnten Beamten und Bediensteten sind befugt, jegliche Maßnahmen zu treffen, die Versiegelung einbezogen, um die unmittelbare Anwendung des Einstellungsbefehls, des Bestätigungsbeschlusses oder gegebenenfalls der Verfügung des Präsidenten zu gewährleisten.

Jeder, der die Arbeiten oder Handlungen bei Nichtbeachtung des Einstellungsbefehls, des Bestätigungsbeschlusses oder der Verfügung des Präsidenten fortsetzt, wird ungeachtet der in Artikel 43 für Übertretungen vorgesehenen Strafen mit einer Gefängnisstrafe von acht Tagen bis zu einem Monat belegt.

## Aufhebung

**Art. 47** - Aufgehoben sind:

1. Artikel 66 Nr. 5 und Artikel 68 des Wallonischen Gesetzbuches über die Raumordnung, den Städtebau und das Erbe, abgeändert durch das Dekret des Wallonischen Regionalrates vom 18. Juli 1991;
2. Artikel 67 des Wallonischen Gesetzbuches über die Raumordnung, den Städtebau und das Erbe, abgeändert durch das Dekret des Wallonischen Regionalrates vom 23. August 1985 und das Dekret des Wallonischen Regionalrates vom 18. Juli 1991;
3. Artikel 69 und 71 des Wallonischen Gesetzbuches über die Raumordnung, den Städtebau und das Erbe;
4. Artikel 70 des Wallonischen Gesetzbuches über die Raumordnung, den Städtebau und das Erbe, abgeändert durch das Dekret des Wallonischen Regionalrates vom 23. August 1985;

5. Artikel 345 des Wallonischen Gesetzbuches über die Raumordnung, den Städtebau und das Erbe, eingefügt durch das Dekret des Wallonischen Regionalrates vom 18. Juli 1991 und abgeändert durch das Dekret des Wallonischen Regionalrates vom 1. Juli 1993;

6. die Artikel 346, 347 bis 367, 368 bis 371, 393 und 394 des Wallonischen Gesetzbuches über die Raumordnung, den Städtebau und das Erbe, eingefügt durch das Dekret des Wallonischen Regionalrates vom 18. Juli 1991;

7. Artikel 346*bis* des Wallonischen Gesetzbuches über die Raumordnung, den Städtebau und das Erbe, eingefügt durch das Dekret des Wallonischen Regionalrates vom 9. Dezember 1993, was die Angelegenheit Ausgrabungen angeht;

8. die Artikel 367*bis* und 392*bis* des Wallonischen Gesetzbuches über die Raumordnung, den Städtebau und das Erbe, eingefügt durch das Dekret des Wallonischen Regionalrates vom 1. Juli 1993;

9. die Artikel 232 bis 252 des Wallonischen Gesetzbuches über die Raumordnung, den Städtebau und das Erbe, eingefügt durch das Dekret des Wallonischen Regionalrates vom 1. April 1999;

10. das Dekret vom 14. März 1994 über die Königliche Denkmal- und Landschaftsschutzkommission der Deutschsprachigen Gemeinschaft, abgeändert durch das Programmdekret vom 23. Oktober 2000 und das Dekret vom 25. Juni 2007.

#### Änderung von Artikel 10 des Infrastrukturdekretes

**Art. 48** - Artikel 10 Absatz 1 des Dekretes zur Infrastruktur vom 18. März 2002, abgeändert durch das Programmdekret vom 25. Juni 2007, wird durch folgenden Wortlaut ergänzt:

«sowie den in Artikel 39 §3 erwähnten Infrastrukturvorhaben an denkmalgeschützten Gebäuden und Landschaften.»

#### Änderung einer Überschrift des Infrastrukturdekretes

**Art. 49** - In Kapitel I – Abschnitt 5 desselben Dekretes wird die Überschrift des durch das Programmdekret vom 25. Juni 2007 eingefügten Unterabschnitts 3 durch folgenden Wortlaut ergänzt:

«und von Zuschüssen für denkmalgeschützte Gebäude und Landschaften».

#### Änderung von Artikel 24bis des Infrastrukturdekretes

**Art. 50** - Artikel 24bis desselben Dekretes, eingefügt durch das Programmdekret vom 25. Juni 2007, wird wie folgt abgeändert:

1. Der Titel des Artikels wird durch folgenden Wortlaut ersetzt: «Prämien für Campingplätze, Hotelbetriebe und Ferienwohnungen sowie Zuschüsse für denkmalgeschützte Gebäude und Landschaften.»

2. In §1 Absatz 1 wird zwischen die Wörter «Prämien» und «folgende» folgender Wortlaut eingefügt:

«sowie der in Artikel 39 §3 erwähnten Zuschüsse für denkmalgeschützte Gebäude und Landschaften, wenn der Antragsteller eine privatrechtliche Person ist,»

3. In §1 Absatz 2 wird die Aufzählung durch folgende Bestimmung ergänzt:

«7. im Falle von denkmalgeschützten Gebäuden oder Landschaften eine Erklärung des Antragstellers, wonach er sich dazu bereit erklärt, das bezuschusste Objekt auf Anfrage der Regierung an den Tagen des offenen Denkmals oder an maximal 2 anderen Tagen im Jahr der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

4. §2 wird durch folgenden Satz ergänzt:

«Die Zusage für die in Artikel 39 erwähnten Zuschüsse kann über die Denkmalgenehmigung hinausgehende Auflagen enthalten.»

5. Im selben Artikel werden die Wörter «Prämie» und «Prämienbetrag» jeweils ersetzt durch die Wörter «Prämie oder Zuschuss» und «Prämien- oder Zuschussbetrag».

#### Änderung von Artikel 39 des Infrastrukturdekretes

**Art. 51** - Artikel 39 desselben Dekretes wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

«Artikel 39 – § 1 – Insofern es durch die Denkmalgenehmigung erlaubt ist, kommt nur das in Artikel 2 Absatz 1 Nr. 4 vorgesehene Infrastrukturvorhaben bei unter Denkmalschutz stehenden Gebäuden, Ensembles und Landschaften sowie bei mit diesen fest verbundenen Einrichtungen für eine Bezuschussung in Betracht.

Nur endgültig geschützte Denkmäler, Ensembles und Landschaften kommen für eine Bezuschussung in Betracht, es sei denn, der Antrag betrifft die in Artikel 22 §1 erwähnten dringenden Instandsetzungsarbeiten, die auch an vorläufig geschützten Denkmälern, Ensembles und Landschaften bezuschusst werden können.

§ 2 – In Abweichung von Artikel 12 muss der Antragsteller Eigentümer der zu bezuschussenden unter Denkmalschutz stehenden Immobilie sein.

In Abweichung von Artikel 18 §2 Absatz 3 dürfen die proportionalen Auszahlungen höchstens 60% des Gesamtzuschusses betragen. Der Gesamt- beziehungsweise Restzuschuss wird erst ausbezahlt, nachdem die Regierung vor Ort die Übereinstimmung der Arbeiten mit den Auflagen der Denkmalgenehmigung und gegebenenfalls den bei der Zusage gemachten zusätzlichen Auflagen überprüft hat.

§ 3 – In Abweichung von Artikel 16 beträgt der Zuschuss 40% des für eine Bezuschussung in Betracht kommenden Gesamtbetrages der annehmbaren Ausgaben mit einem maximalen Zuschussbetrag von 100.000 EUR, wenn der Antragsteller eine natürliche Person ist.»

#### Änderung des Programmdekretes vom 20. Februar 2006

**Art. 52** - Artikel 32 Absatz 2 des Programmdekretes vom 20. Februar 2006 wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

«In Abweichung von Absatz 1 besteht kein Anrecht auf die Auszahlung von Zuschüssen:

— unter 2.500 EUR für die in Artikel 2 Absatz 1 Nrn. 1-3, 5 und 7-10 des Dekretes zur Infrastruktur vom 18. März 2002 vorgesehenen Infrastrukturvorhaben;

— unter 2.500 EUR für das in Artikel 2 Absatz 1 Nr. 4 desselben Dekretes vorgesehene Infrastrukturvorhaben, falls der Antragsteller eine Rechtsperson privaten oder öffentlichen Rechts ist;

- unter 750 EUR für das in Artikel 2 Absatz 1 Nr. 4 desselben Dekretes vorgesehene Infrastrukturvorhaben, falls der Antragsteller eine natürliche Person ist;
- unter 750 EUR für das in Artikel 2 Absatz 1 Nr. 6 desselben Dekretes vorgesehene Infrastrukturvorhaben.»

Übergangsbestimmungen

**Art. 53** - Die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens vorliegenden Dekretes laufenden Verfahren werden gemäß der vor dem Inkrafttreten gültigen Vorschriften weitergeführt.

Die in Artikel 13 vorgesehene Denkmalgenehmigung ist nicht erforderlich für Arbeiten, bezüglich derer vor dem Tage des Inkrafttretens dieses Dekretes eine gültige Städtebaugenehmigung oder Erschließungsgenehmigung vorlag.

Kurzüberschrift

**Art. 54** - Dieses Dekret wird in Kurzform auch «Denkmalschutzdekret» genannt.

Inkrafttreten

**Art. 55** - Dieses Dekret tritt am 1. Januar 2009 in Kraft.

Wir fertigen das vorliegende Dekret aus und ordnen an, dass es durch das *Belgische Staatsblatt* veröffentlicht wird.

Eupen, den 23. Juni 2008

Der Ministerpräsident der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,  
Minister für lokale Behörden

K.-H. LAMBERT

Der Vize-Ministerpräsident der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft  
,Minister für Ausbildung und Beschäftigung, Soziales und Tourismus

B. GENTGES

Der Minister für Unterricht und wissenschaftliche Forschung

O. PAASCH

Der Ministerin für Kultur und Medien, Denkmalschutz, Jugend und Sport

Frau I. WEYKMANS

Notes

(1) *Sitzungsperiode 2007-2008*

*Dokumente des Parlamentes*: 115 (2007-2008) Nr. 1 Dekretentwurf

115 (2007-2008) Nr. 2-4 Abänderungsvorschläge

115 (2007-2008) Nr. 5 Bericht

115 (2007-2008) Nr. 6 Abänderungsvorschlag zu dem vom Ausschuss angenommenen Text

Ausführlicher Bericht: Diskussion und Abstimmung - Sitzung vom 23. Juni 2008

TRADUCTION

MINISTÈRE DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

F. 2008 — 4069

[C - 2008/33101]

**23 JUIN 2008.** — **Décret relatif à la protection des monuments, ensembles et sites ainsi qu'aux fouilles** (1)

Le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Le Parlement de la Communauté germanophone a adopté et Nous, Gouvernement, sanctionnons ce qui suit :

CHAPITRE I<sup>er</sup>. — *Généralités*

Définitions

**Article 1<sup>er</sup>.** Pour l'application du présent décret, l'on entend par :

1° monument : un bien immeuble créé par l'homme, y compris les installations et éléments décoratifs faisant partie intégrante du bien immeuble à condition que ce bien soit d'intérêt général en raison de sa valeur archéologique, esthétique, historique, artistique, culturelle, folklorique, scientifique, sociale ou technique;

2° ensemble : un groupement de plusieurs monuments, y compris l'espace qu'ils délimitent et le cas échéant, les abords et les éléments de ces abords, même non bâtis, à condition que le tout constitue un ensemble suffisamment cohérent permettant une délimitation topographique et soit d'intérêt général en raison de sa valeur archéologique, esthétique, historique, artistique, culturelle, folklorique, scientifique, sociale ou technique;

3° site : un bien immeuble créé par la nature ou par l'homme et la nature, à condition qu'il constitue un ensemble suffisamment cohérent permettant une délimitation topographique et soit d'intérêt général en raison de sa valeur archéologique, esthétique, historique, artistique, culturelle, folklorique, scientifique, sociale ou technique;

4° zone de protection : une zone visible d'un monument, d'un ensemble ou d'un site classé ou visible en même temps que ceux-ci;

5° propriétaire : une personne physique ou morale de droit privé ou public titulaire d'un droit de propriété, d'usufruit, d'emphytéose ou d'un autre droit réel sur un bien immeuble;

6° petit patrimoine : les petits éléments construits, isolés ou faisant partie intégrante d'un ensemble, qui marquent le cadre de vie de leur empreinte, servent de point de repère à la population locale ou contribuent à un sentiment d'appartenance et ne sont pas classés;

7° bâtiment significatif : bâtiment qui est important d'un point de vue historique et architectural mais ne fait pas l'objet d'un classement conformément au chapitre II du présent décret;

8° biens archéologiques : tous les vestiges matériels souterrains ou non, y compris les vestiges paléontologiques ou leurs traces, considérés comme témoignage de l'activité de l'homme ou de son environnement ainsi que d'époques et de civilisations anciennes, indépendamment de leur valeur artistique;

9° sondage : l'opération impliquant la modification de l'état d'un site archéologique, destinée à s'assurer de l'existence, de la nature et de l'étendue d'un site archéologique ou de biens archéologiques;

10° site archéologique : toute œuvre combinée de l'homme et de la nature, partiellement construite, constituant un espace suffisamment caractéristique et homogène pour faire l'objet d'une délimitation topographique et qui est d'importance historique, archéologique, artistique, scientifique, sociale ou technique capitale;

11° fouilles : l'ensemble des opérations et des travaux destinés à rechercher des biens archéologiques et éventuellement à les sauvegarder;

12° découverte fortuite : la mise au jour, par le pur effet du hasard, de biens archéologiques;

13° Commission : la Commission Royale de la Communauté germanophone pour la protection des monuments et sites;

14° collège communal : le collège communal de la commune dans laquelle se situe le monument, le site, l'ensemble, le bien archéologique, le site archéologique, le petit patrimoine ou le bâtiment significatif.

## CHAPITRE II. — *Protection des monuments, ensembles et sites*

### Section 1<sup>re</sup>. — Classement provisoire

#### Objectif du classement provisoire

**Art. 2.** Pour expliquer son intention de classer définitivement un monument, un ensemble ou un site, le Gouvernement prend un arrêté de classement provisoire.

#### Proposition de classement

**Art. 3.** § 1<sup>er</sup> – La proposition de classement des monuments, ensembles et sites peut émaner

1° du Gouvernement;

2° de la Commission;

3° du collège communal;

4° du propriétaire.

§ 2 – Seront annexés à la proposition :

1° un écrit mentionnant les raisons qui justifient un classement;

2° une description du bien à classer;

3° un plan cadastral avec délimitation du bien à classer et de sa zone de protection;

4° des photos actuelles;

5° lorsqu'il s'agit de propositions introduites conformément au § 1<sup>er</sup>, 1° à 3° : l'information écrite sur l'intention de proposer le classement, accompagnée de la demande au propriétaire de se rendre sur place, ainsi que le procès-verbal mentionnant le résultat de la visite des lieux du bien à classer, menée conjointement avec le propriétaire. Si le propriétaire refuse la visite des lieux, son refus est dûment consigné dans le procès-verbal et la procédure proposant le classement est poursuivie.

§ 3 – La proposition faite conformément au § 1<sup>er</sup>, 2° à 4°, doit être introduite auprès du Gouvernement.

§ 4 – La commission examine les propositions de classement faites conformément au § 1<sup>er</sup>, 1°, 3° et 4°, et peut, pour compléter la proposition, demander d'autres renseignements. Elle rend un avis dans les trente jours calendrier, qu'elle soumet au Gouvernement.

Dans des cas particulièrement urgents, le Gouvernement peut décider d'un classement provisoire sans avis de la commission.

§ 5 – Lorsqu'il y a proposition de classement, le Gouvernement décide dans les douze mois s'il engage la procédure en vue du classement provisoire. Si la procédure n'est pas engagée, le propriétaire et le collège communal en sont informés par écrit.

#### Arrêté de classement provisoire

**Art. 4.** L'arrêté de classement provisoire comprend

1° les restrictions imposées en vue de la conservation du monument, de l'ensemble ou du site classé;

2° les prescriptions particulières pour la conservation et l'entretien;

3° en annexe, un plan de situation qui fixe les limites exactes et la zone de protection du bien à classer.

Les prescriptions particulières peuvent contenir notamment des limitations du droit de propriété, y compris l'interdiction totale ou conditionnée de bâtir, lotir ou clôturer.

#### Validité du classement provisoire

**Art. 5.** Le classement provisoire est valable pour douze mois au plus à dater du moment où l'arrêté pris conformément à l'article 4 devient contraignant.

#### Devoir d'information

**Art. 6.** § 1<sup>er</sup> – Par lettre recommandée, le propriétaire notifie aux locataires et occupants actuels et futurs éventuels, au plus tard lors de la conclusion du contrat de bail ou d'exploitation, une copie de l'arrêté de classement provisoire. Si le classement provisoire intervient en cours de contrat de bail ou d'exploitation, le propriétaire transmet aux locataires et occupants l'arrêté de classement provisoire par recommandé dans les 21 jours calendrier de sa réception.

En cas de non respect du devoir d'information mentionné à l'alinéa précédent, le propriétaire est solidairement responsable de toute infraction commise par eux et de la remise en l'état initial ordonnée par le tribunal.

§ 2 – L'arrêté de classement provisoire est transcrit au bureau de conservation des hypothèques.

## Section 2. — Classement définitif

## Procédure de classement définitif

**Art. 7. § 1<sup>er</sup>** – En vue d'un classement définitif, l'arrêté de classement provisoire sera soumis simultanément pour avis facultatif aux personnes et institutions suivantes :

1° au propriétaire. Cette communication mentionnera expressément le devoir d'information visé à l'article 6. L'avis du propriétaire tiendra compte, le cas échéant, d'indications quant à l'acceptabilité sociale de la mesure;

2° au collège communal compétent pour publication par voie d'affichage et par insertion dans au moins un journal local et un toutes boîtes, dans les quinze jours calendrier de la réception de la communication, en mentionnant que toute observation doit lui parvenir dans un délai de quinze jours calendrier. Les observations doivent être adressées à la commune. Pendant toute la durée de l'affichage, le dossier complet peut être consulté auprès de l'administration communale qui se tient à disposition pour toute information complémentaire. Le collège communal transmet son rapport sur lesdites observations, en même temps que son avis, dans le délai prévu à l'alinéa 2;

3° au collège provincial;

4° au Gouvernement de la Région wallonne.

Le délai pour remettre les différents avis est de soixante jours calendrier et débute à la date à laquelle l'arrêté de classement provisoire a été transmis. Si aucun avis n'est rendu au terme de ce délai, la personne ou institution concernée est censée approuver le classement.

La communication au propriétaire et au collège communal est accompagnée d'une copie de l'arrêté de classement provisoire ainsi que du présent décret.

§ 2 – L'arrêté de classement provisoire est également transmis pour information à la commission, en vue d'un classement définitif.

## Arrêté de classement définitif

**Art. 8. § 1<sup>er</sup>** – Le Gouvernement décide, par arrêté, du classement définitif des monuments, ensembles et sites classés provisoirement.

Si l'arrêté de classement définitif n'est pas adopté dans le délai prévu à l'article 5, le silence du Gouvernement vaut décision implicite de ne pas classer le bien.

§ 2 – L'arrêté de classement définitif comprend

1° les restrictions imposées en vue de la conservation du monument, de l'ensemble ou du site classé;

2° les prescriptions particulières pour la conservation et l'entretien;

3° en annexe, un plan de situation qui fixe les limites exactes et la zone de protection du bien à classer.

Les prescriptions particulières peuvent contenir notamment des limitations du droit de propriété, y compris l'interdiction totale ou conditionnée de bâtir, lotir ou clôturer.

§ 3 – La communication au propriétaire est accompagnée d'une copie de l'arrêté de classement ainsi que du présent décret et mentionne expressément le devoir d'information visé à l'article 9, § 1<sup>er</sup>.

§ 4 – L'arrêté de classement définitif est également transmis pour information à la commission, au collège communal compétent, au collège provincial et au Gouvernement de la Région wallonne.

## Devoir d'information

**Art. 9. § 1<sup>er</sup>** – Par lettre recommandée, le propriétaire notifie aux locataires et occupants actuels et futurs éventuels, au plus tard lors de la conclusion du contrat de bail ou d'exploitation, une copie de l'arrêté de classement définitif. Si le classement définitif intervient en cours de contrat de bail ou d'exploitation, le propriétaire transmet aux locataires et occupants l'arrêté de classement définitif par recommandé dans les 21 jours calendrier de sa réception.

En cas de non respect du devoir d'information mentionné à l'alinéa précédent, le propriétaire est solidairement responsable de toute infraction commise par eux et de la remise en l'état initial ordonnée par le tribunal.

§ 2 – L'arrêté de classement définitif est inscrit auprès du bureau de conservation des hypothèques.

## Section 3. — Protection offerte par le classement provisoire ou définitif d'un monument, ensemble ou site

## Obligation de conservation

**Art. 10. § 1<sup>er</sup>** – En plus des mesures fixées dans l'arrêté de classement et/ou des obligations y imposées, les propriétaires, les locataires et tous les occupants de monuments, ensembles ou sites provisoirement ou définitivement classés sont tenus de maintenir ceux-ci en bon état en y exécutant les travaux d'entretien nécessaires, et ne peuvent rien modifier, endommager ou détruire ni porter aucune autre atteinte, sauf permis octroyé par le Gouvernement conformément à l'article 13.

§ 2 – Le Gouvernement peut exiger du propriétaire d'un bien classé qu'il réalise des travaux.

Si le propriétaire néglige de réaliser les travaux nécessaires permettant de prévenir la destruction ou la dégradation d'un bien immeuble classé, la communauté, la province ou la commune peut se substituer à lui, conformément aux conditions imposées par le Gouvernement, et prendre les mesures préventives nécessaires à la conservation du bien. La commune ou la province obtient alors les subsides accordés par la communauté.

A défaut d'accord avec le propriétaire, les autorités mentionnées à l'alinéa précédent peuvent récupérer par toute voie de droit les frais exposés, dans la mesure où ils l'ont été dans l'intérêt du bien. Si le bien appartient à une personne de droit privé et qu'il ne s'agit pas de petits travaux d'entretien, celle-ci peut demander que l'autorité en question acquière son bien. Dans ce cas, les frais éventuellement exposés pour les mesures de protection seront déduits du prix d'achat.

## Déplacement

**Art. 11.** Il est interdit de déplacer en tout ou partie un bien classé, à moins que sa conservation ne l'impose. Après avoir entendu la commission et éventuellement d'autres experts, le Gouvernement décide les mesures appropriées quant à la démolition, au déplacement et à la reconstruction du monument ainsi qu'à son nouvel emplacement.



## Indemnisation

**Art. 12.** § 1<sup>er</sup> – Lorsqu’une interdiction de construction ou de lotissement fixée dans le classement d’un bien immeuble met un terme à l’utilisation ou l’affectation de ce bien, le propriétaire peut demander une indemnisation à charge de la communauté. L’utilisation ou l’affectation du bien classé doit déjà exister la veille de l’entrée en vigueur du classement provisoire ou la preuve doit être apportée que le changement est prévu dans les douze mois suivant l’entrée en vigueur du classement provisoire. Ce droit suppose que le bien, ce jour-là, était constructible et situé sur une voie de circulation suffisamment équipée pour la situation. De plus, le demandeur doit prouver qu’il a réellement essayé, par des actions claires et concrètes, d’aboutir à l’utilisation ou à l’affectation à laquelle il est mis fin.

Le droit à l’indemnisation s’ouvre au moment de l’entrée en vigueur de l’arrêté de classement définitif.

§ 2 – Pour l’indemnisation, seule peut être prise en compte la moins-value résultant de l’interdiction de bâtir ou de lotir et correspondant au moins à 20% de la valeur du bien.

L’indemnisation est diminuée proportionnellement au profit que le propriétaire tire du classement du bien, voire refusée.

La communauté peut se libérer de son obligation d’indemnisation soit en rachetant le bien soit en modifiant les dispositions de l’arrêté de classement dont résulte le droit à l’indemnisation.

§ 3 – Une indemnisation est exclue :

1° lorsque le propriétaire a acquis le bien immeuble alors que celui-ci était déjà classé;

2° lorsqu’il s’agit de l’interdiction d’apposer une enseigne, des publicités ou un éclairage sur le bien immeuble;

3° lorsqu’il s’agit de l’interdiction de continuer à exploiter un établissement dangereux, insalubre ou incommode au-delà de la période d’exploitation autorisée;

4° lorsque le propriétaire a lui-même demandé le classement ou a marqué expressément son accord pour ce classement.

§ 4 – La communauté peut exiger des bénéficiaires, de leurs ayants droit ou de leurs ayants cause le remboursement de l’indemnisation, majorée des intérêts légaux, dès que le bien immeuble n’est plus classé comme monument ou site et que le classement date de moins de 20 ans.

§ 5 – Les créances se prescrivent six mois après le jour où s’ouvre soit le droit à l’indemnisation, conformément au § 1<sup>er</sup>, soit le droit au remboursement, conformément au § 4.

## Permis de patrimoine

**Art. 13.** § 1<sup>er</sup> – Lorsque des personnes physiques ou morales souhaitent effectuer des travaux transformant un bien provisoirement ou définitivement classé ou modifiant son aspect extérieur, elles doivent au préalable demander l’accord du Gouvernement, appelé « permis de patrimoine ». Ceci vaut également pour l’apposition d’enseignes, de publicités et d’éclairage.

Comptent également parmi lesdits biens classés ceux situés dans leur zone de protection.

L’accord du Gouvernement peut être conditionné.

§ 2 – Il appartient au propriétaire, locataire ou occupant qui souhaite effectuer des travaux de demander par recommandé le permis de patrimoine auprès du Gouvernement en utilisant le formulaire de demande établi par celui-ci.

Lorsque le collège communal compétent reçoit une demande de permis d’urbanisme ou de permis de lotir, il informe le demandeur par écrit de son obligation d’obtenir un permis de patrimoine en application du § 1<sup>er</sup>. Une copie de cette communication est notifiée en même temps au Gouvernement.

§ 3 – La demande écrite d’un permis de patrimoine sera accompagnée des documents suivants :

1° le titre de propriété du bien en question;

2° si le demandeur n’est pas le propriétaire, l’accord écrit du propriétaire quant aux projets de travaux de transformation physique ou de transformation de l’aspect extérieur du bien en question;

3° une description des travaux de transformation ainsi que des photos actuelles du bien en question et des parties du bien concernées par les travaux envisagés.

Dans les quinze jours calendrier suivant la réception de la demande de permis de patrimoine, le Gouvernement demande, le cas échéant, les documents manquants ou incomplets. Lorsque la demande est complète, le demandeur en reçoit confirmation écrite.

Après avoir confirmé que le dossier est complet, le Gouvernement demande l’avis de la commission et du collège communal dans les quinze jours calendrier. La commission et le collège communal ont un délai de trente jours calendrier suivant la notification de la demande pour émettre leur avis. Une fois ce délai écoulé, la commission ou le collège communal est censé approuver le permis de patrimoine. A partir de la notification de l’avis ou de l’expiration du délai de 30 jours, le Gouvernement dispose de trente jours calendrier pour rendre sa décision quant au permis de patrimoine. Si aucune décision n’est prise au terme de ce délai, le Gouvernement est censé avoir accordé le permis de patrimoine.

Si nécessaire, le Gouvernement peut, avant de prendre sa décision, rencontrer les acteurs concernés afin d’éclaircir la demande de permis de patrimoine.

Les décisions relatives aux demandes de permis de patrimoine sont notifiées au demandeur ainsi que sous forme de copie aux destinataires mentionnés à l’article 7, § 1<sup>er</sup>, alinéa 1<sup>er</sup>, 1° et 2°.

Dans les trente jours calendrier suivant la réception de la décision prise par le Gouvernement, le demandeur peut introduire un recours motivé auprès du Gouvernement par recommandé. Le Gouvernement dispose d’un délai de trente jours calendrier pour statuer.

§ 4 – Sur invitation du Gouvernement et selon les directives de celui-ci, quiconque réalise des travaux sans permis de patrimoine ou contre les prescriptions qu'il contient est obligé, à ses frais, de remettre le bien en tout ou partie dans son état initial ou de corriger les modifications apportées.

§ 5 – Si les travaux ne sont pas entamés de manière significative dans les deux ans suivant la réception du permis de patrimoine, celui-ci devient caduc. Sur demande, il peut être prolongé une fois d'un an. La demande de prolongation doit être adressée au plus tard un mois avant l'échéance du permis.

§ 6 – Par dérogation au § 3, le Gouvernement peut, en cas d'urgence, renoncer à demander l'avis de la commission.

§ 7 – Les autres modalités sont fixées par le Gouvernement.

#### Expropriations

**Art. 14.** La communauté, la province ou la commune peuvent exproprier pour cause d'utilité publique des monuments, ensembles ou sites définitivement classés qui ne sont pas suffisamment entretenus. Dans ce cas, c'est le Gouvernement qui déclare l'utilité publique.

Si le Gouvernement procède à l'expropriation, il informe au préalable la commune concernée et la province de son intention.

L'expropriation est exécutée conformément à la procédure prévue par la loi du 26 juillet 1962 relative à la procédure d'extrême urgence en matière d'expropriation pour cause d'utilité publique.

Un bien définitivement classé, exproprié en application du présent décret, peut être cédé à des personnes de droit public ou de droit privé. A cette fin, la province et la commune doivent recevoir l'autorisation du Gouvernement. L'acquéreur s'engage à utiliser le bien aux conditions énoncées dans l'acte de cession.

Un bien compris dans la zone de protection d'un monument, ensemble ou site peut également être exproprié selon la même procédure afin d'isoler, de mettre en évidence ou d'assainir un bien définitivement classé.

#### Effets en cas de cession de propriété

**Art. 15.** Les effets juridiques du classement suivent le bien en quelques mains qu'il passe.

En cas de cession de la propriété d'un monument provisoirement ou définitivement classé, d'une partie d'un ensemble ou d'un bien immeuble compris dans un site, l'officier instrumentant est tenu de mentionner dans l'acte de cession que le bien concerné est provisoirement ou définitivement classé. L'acte de cession est accompagné d'une copie de l'arrêté de classement. L'officier instrumentant informe sans délai le Gouvernement et l'administration communale concernée de l'identité et de l'adresse du nouveau propriétaire du bien classé.

Lors de la publication de la cession d'un bien classé, l'officier instrumentant est obligé de mentionner le classement de ce bien.

#### Rapport du classement

**Art. 16.** Pour rapporter le classement d'un bien immeuble, le Gouvernement suit la procédure prévue aux articles 2 à 9.

L'article 3, § 4, alinéa 2, n'est toutefois pas applicable.

Section 4. — Liste des monuments, ensembles et sites provisoirement et définitivement classés et leurs signes distinctifs

#### Liste des monuments, ensembles et sites provisoirement et définitivement classés

**Art. 17.** Pour chaque commune, le Gouvernement établit une liste des monuments, ensembles et sites provisoirement et définitivement classés et la tient à jour.

#### Signe distinctif

**Art. 18.** Les monuments, ensembles et sites définitivement classés sont pourvus d'un signe distinctif déterminé par le Gouvernement.

### CHAPITRE III. — *Petit patrimoine et autres bâtiments significatifs*

#### Inventaire du petit patrimoine et des autres bâtiments significatifs

**Art. 19.** Le Gouvernement établit un inventaire du petit patrimoine et des autres bâtiments significatifs de la Communauté germanophone et le tient à jour.

L'inventaire mentionne :

- 1° le petit patrimoine ainsi que
- 2° tous les bâtiments significatifs.

Les autres modalités sont fixées par le Gouvernement.

#### Inscription dans l'inventaire du petit patrimoine et des autres bâtiments significatifs

**Art. 20.** § 1 – Ont le droit de proposer l'inscription dans l'inventaire du petit patrimoine et des autres bâtiments significatifs :

- 1° la commission et
- 2° les groupements villageois et les groupements d'intérêt ayant leur siège dans des localités de la région de langue allemande et
- 3° le collège communal.

Les proposants mentionnés au § 1 introduisent leurs propositions au moyen du formulaire de demande établi par le Gouvernement. La commission examine les propositions de classement introduites conformément à l'alinéa 1, 2° et 3°. Elle rend un avis dans les nonante jours et le soumet au Gouvernement.

§ 2 – Le Gouvernement statue sur l'inscription dans l'inventaire du petit patrimoine et des autres bâtiments significatifs.

## Principe de subsidiation

**Art. 21.** Dans la limite des crédits budgétaires disponibles à cette fin, le Gouvernement peut octroyer des subsides forfaitaires pour la conservation intégrée du petit patrimoine et de bâtiments inscrits dans l'inventaire du petit patrimoine et des autres bâtiments significatifs conformément à l'article 20. La visibilité et l'accessibilité au public du petit patrimoine ainsi que la visibilité des bâtiments doivent être garanties.

Par conservation intégrée, l'on entend l'ensemble des mesures prises afin que ce patrimoine culturel

- 1° continue d'exister;
- 2° soit conservé dans un environnement bâti ou naturel approprié;
- 3° soit utilisé et
- 4° soit adapté aux exigences de la société.

## Demande de subsides

**Art. 22.** Le demandeur introduit une demande de subsides écrite auprès du Gouvernement. La demande doit être accompagnée des documents suivants :

- 1° une description du projet et des mesures prévues, un plan de situation ainsi que des photos actuelles du bâtiment ou du petit patrimoine concernés;
- 2° un devis avec répartition par poste, indication des travaux aux tiers confiés à des firmes spécialisées d'une part et des travaux réalisés en régie propre et indication du coût des matériaux d'autre part;
- 3° l'accord formel du propriétaire lorsque le demandeur n'est pas le propriétaire.

La demande est transmise à la commission, qui rend un avis.

## Montant du subside

**Art. 23.** Le subside s'élève à 2.500 EUR maximum, les dépenses admissibles pouvant être prises en charge à 100%. Le subside peut aussi se rapporter uniquement à une partie des travaux mentionnés dans la demande.

Les dépenses admissibles concernent exclusivement les mesures visant la conservation intégrée visée à l'article 21. Elles comprennent aussi, le cas échéant, les honoraires et la T.V.A., si elle n'est pas déductible.

Le montant maximal du subside est fixé de manière définitive dans la décision d'octroi prise par le Gouvernement.

Le montant maximal du subside peut être multiplié par un coefficient pour l'adapter aux crédits budgétaires disponibles.

## Contrôle et récupération

**Art. 24.** Après la fin des travaux, le demandeur transmet

- 1° les pièces justificatives pour les coûts admissibles;
- 2° le permis d'urbanisme s'il est requis.

Le Gouvernement fait contrôler sur place, par l'agent mandaté conformément à l'article 44, la concordance des modifications apportées avec la décision d'octroi. Si le contrôle est positif, le subside est liquidé.

Lorsqu'une infraction aux conditions d'octroi est constatée dans les deux ans suivant la liquidation d'un subside, le Gouvernement peut récupérer tout ou partie dudit subside.

## CHAPITRE IV. — Fouilles

Section 1<sup>re</sup>. — Mesures de protection

## Atlas des sites archéologiques et obligation d'autorisation

**Art. 25.** Le Gouvernement tient un atlas des sites archéologiques avec leurs dimensions respectives.

Lors de l'inscription d'un nouveau site archéologique, en sont informés :

1° toutes les personnes, connues comme propriétaires par l'Administration de la taxe sur la valeur ajoutée, de l'enregistrement et des domaines, dont les terrains se situent dans le périmètre du site archéologique. Au plus tard lors de la conclusion du contrat de bail ou d'exploitation, le propriétaire informe les locataires et occupants actuels et futurs éventuels de l'inscription du terrain comme site archéologique. Si l'inscription comme site archéologique intervient en cours de contrat de bail ou d'exploitation, le propriétaire transmet aux locataires et occupants la décision d'inscription ainsi qu'une copie de l'extrait correspondant de l'atlas des sites archéologique par recommandé dans les 21 jours calendrier de la réception de la décision. En cas de non respect de cette obligation d'information, le propriétaire est solidairement responsable de toute infraction au troisième alinéa commise par eux;

- 2° le collège communal compétent;
- 3° le collège provincial;
- 4° le Gouvernement de la Région wallonne;
- 5° la commission.

Des travaux modifiant des sites archéologiques inscrits dans l'atlas nécessitent l'autorisation préalable du Gouvernement. Seuls sont concernés les travaux qui modifient, remettent en état ou pourraient endommager les biens archéologiques. L'autorisation fixe les conditions et les obligations pour la réalisation des travaux.

## Section 2. — Sondages archéologiques et fouilles

## Autorisation

**Art. 26.** Des fouilles ou des sondages archéologiques ne peuvent avoir lieu que moyennant autorisation préalable du Gouvernement ou pour son compte.

L'autorisation se rapporte à un site déterminé. Elle mentionne les bénéficiaires, les conditions et les obligations ainsi que sa durée de validité. Cette durée peut être prolongée une fois. Le Gouvernement prend sa décision dans les soixante jours calendrier suivant la réception de la demande. Si le Gouvernement n'a pas pris de décision au terme de ce délai, l'autorisation est censée être accordée. Les autres modalités sont fixées par le Gouvernement.

Sont informés de l'octroi d'une autorisation :

- 1° le demandeur;
- 2° la commission;
- 3° le propriétaire, s'il n'est pas le demandeur. Le propriétaire informe les locataires et occupants éventuels;
- 4° le collège communal.

Suspension, retrait

**Art. 27.** L'autorisation peut être suspendue ou retirée :

- 1° lorsque les conditions et obligations ne sont pas remplies;
- 2° lorsqu'il appert que l'expertise scientifique ou les moyens humains et techniques mis en œuvre sont insuffisants étant donné l'importance des découvertes.

Les autres modalités sont fixées par le Gouvernement.

Fouilles programmées par le Ministère

**Art. 28.** Pour le compte du Gouvernement, le service compétent de la Communauté germanophone peut en tout temps procéder à des sondages archéologiques et à des fouilles de toute nature.

La commission en est informée.

Détecteurs

**Art. 29.** L'utilisation de détecteurs électroniques ou magnétiques en vue de repérer des biens archéologiques est interdite, sauf pour les détenteurs de l'autorisation mentionnée à l'article 26 et en cas de mission confiée par le Gouvernement.

*Section 3. — Sondages archéologiques et fouilles d'utilité publique*

Découvertes à l'occasion de travaux de construction

**Art. 30.** En cas de découvertes fortuites à l'occasion de travaux de construction, le Gouvernement peut décider qu'il est d'utilité publique

- 1° soit de suspendre l'exécution des travaux pour un délai maximal de soixante jours calendrier, afin de faire procéder à des sondages ou fouilles archéologiques;
- 2° soit d'arrêter les travaux et de fixer, sur avis de la commission, les conditions et obligations nécessaires à la préservation des biens archéologiques concernés et auxquelles les travaux pourront continuer.

Occupation pour cause d'utilité publique

**Art. 31.** Un arrêté du Gouvernement peut décider qu'il faut, pour cause d'utilité publique, occuper provisoirement un site afin d'y procéder à des sondages ou fouilles archéologiques. Sauf cas d'urgence, l'avis de la commission est requis.

L'arrêté fixe, pour chaque site, les conditions auxquelles ces mesures sont exécutées. Il détermine les personnes habilitées à réaliser les sondages et fouilles, délimite l'espace dont l'occupation est nécessaire, y compris les accès nécessaires à la réalisation des mesures, et indique la date de début des opérations et la durée de celles-ci.

L'arrêté est notifié par recommandé au propriétaire du site. Il est communiqué à la commission.

Dans les dix jours calendrier de la réception de la communication, le propriétaire informe par recommandé le locataire ou occupant du bien immeuble de l'adoption de cet arrêté. Ce devoir d'information est mentionné dans la communication notifiée au propriétaire.

Les sondages ou fouilles archéologiques décidés par l'arrêté peuvent commencer quinze jours calendrier après la date de la lettre de notification adressée au propriétaire.

Remise en état après occupation pour cause d'utilité publique

**Art. 32.** Au terme du délai d'occupation pour cause d'utilité publique mentionné à l'article 31, alinéa 2, le site archéologique doit être remis dans l'état où il se trouvait avant l'exécution des travaux visés dans le même article, à moins qu'une procédure de classement ou d'expropriation du site pour cause d'utilité publique ne soit entamée.

Expropriation

**Art. 33.** Sur avis de la commission, le Gouvernement peut, pour cause d'utilité publique, exproprier des sites archéologiques afin de mettre au jour des biens archéologiques, de les étudier et de les mettre en valeur. L'utilité publique est déclarée par le Gouvernement. L'expropriation est exécutée conformément à la procédure prévue par la loi du 26 juillet 1962 relative à la procédure d'extrême urgence en matière d'expropriation pour cause d'utilité publique.

*Section 4. — Découverte fortuite*

Devoir d'information

**Art. 34.** § 1<sup>er</sup> – Si des objets trouvés sous terre ou sous eau peuvent, en raison de leur situation, leur forme ou leurs caractéristiques, manifestement tomber sous l'application de ce décret en tant que bien archéologique, il faut en informer sans délai le service compétent du Ministère de la Communauté germanophone, au plus tard le septième jour calendrier suivant la découverte. Ceci vaut aussi pour des objets qui, en tout ou partie, sont fortuitement apparus à la surface à la suite d'événements tels que des pluies, des labours, etc.

Dans la mesure où ils sont au courant, le découvreur, le propriétaire du terrain, le locataire ou tout autre utilisateur ainsi que, le cas échéant, le maître d'œuvre responsable sont soumis au devoir d'information. Dès qu'il y a information réglementaire, les autres personnes susvisées sont dispensées de leur devoir d'information. Le service compétent du Ministère informe les propriétaires et utilisateurs dudit terrain, s'ils ne sont pas les découvreurs, ainsi que l'administration communale concernée.

§ 2 – Le lieu de la découverte ainsi que les objets trouvés doivent être maintenus en l'état jusqu'au quinzième jour calendrier suivant l'information. Cette obligation ne doit pas être respectée si le service compétent du Ministère lève cette restriction plus tôt ou permet la poursuite de travaux, ou s'il n'existe un risque immédiat pour la vie et la santé de personnes ou pour la conservation des objets trouvés. Le lieu de la découverte et les objets trouvés doivent, dans le même délai, être protégés contre des dommages, transformations et destructions, et être rendus accessibles par le propriétaire, le locataire et les autres utilisateurs, aux fins de recherche par le service compétent du Ministère.

Le délai prévu au premier alinéa peut, suivant l'importance du site archéologique, être prolongé jusqu'à trois mois au total.

Conformément à l'avis de la commission, le Gouvernement peut, le cas échéant, fixer les instructions et obligations à respecter lors des futurs travaux. Celles-ci seront communiquées au propriétaire ou à d'autres bénéficiaires d'un droit de bâtisse. En cas de non-respect, le Gouvernement peut faire cesser les travaux de construction jusqu'à ce que le respect des obligations imposées soit suffisamment garanti.

#### Section 5. — Indemnisation

##### Principe

**Art. 35.** Une indemnisation est accordée au demandeur qui apporte la preuve de dégâts matériels, si ceux-ci résultent :

1° de la suspension ou de l'arrêt des travaux de construction, comme prévu à l'article 30;

2° de l'occupation pour cause d'utilité publique prévue à l'article 31;

3° de la prolongation du délai de quinze jours mentionné à l'article 34, lorsque le délai total, non compris les jours d'intempérie, est supérieur à trente jours.

Le Gouvernement fixe le montant de l'indemnité et octroie celle-ci. En cas de litige, c'est le juge de paix qui fixe le montant de l'indemnité.

Aucune indemnité ne sera liquidée si le demandeur n'a pas satisfait à son devoir d'information prévu à l'article 34 ou n'y a satisfait que tardivement.

#### CHAPITRE V. — *La Commission royale de la Communauté germanophone pour la protection des monuments et sites*

##### Composition

**Art. 36.** § 1<sup>er</sup> – La Commission est composée de neuf membres qui doivent justifier d'une expérience suffisante en matière de protection des monuments et sites.

Le Gouvernement désigne les membres après un appel public aux candidats. Ne peuvent être désignés membres de la commission :

1° les membres du personnel des services du Gouvernement et du Ministère de la Communauté germanophone;

2° les membres du Parlement européen, du parlement fédéral, d'un parlement communautaire ou régional, d'un gouvernement, d'un conseil provincial ou communal ou du collège provincial;

3° un gouverneur de province.

§ 2 – Le Gouvernement désigne un président et un vice-président parmi les membres de la commission.

##### Mandat

**Art. 37.** La désignation des membres de la commission vaut pour quatre ans. Si un membre doit être remplacé prématurément, le nouveau membre achève son mandat.

##### Missions

**Art. 38.** Dans le cadre des compétences de la Communauté germanophone en matière de monuments et sites, y compris les fouilles, la commission remplit les missions qui lui sont imparties par des décrets et arrêtés en la matière.

A la demande du Gouvernement, elle formule des avis en matière de patrimoine culturel et de monuments et sites, y compris de fouilles. Sans préjudice de dispositions contraires du présent décret, ces avis doivent être rendus dans les trente jours calendrier.

##### Informations

**Art. 39.** La commission reçoit toutes les informations nécessaires.

Pour remplir ses missions, elle peut inviter à ses séances toute personne dont elle estime la présence utile.

##### Devoir de réserve

**Art. 40.** Toutes les personnes assistant aux réunions de la commission sont soumises au devoir de réserve dont peut les libérer le Gouvernement, le cas échéant.

##### Règlement d'ordre intérieur

**Art. 41.** La commission se dote d'un règlement d'ordre intérieur qu'elle soumet à l'approbation du Gouvernement.

Le règlement d'ordre intérieur indique les cas dans lesquels les membres de la commission ne peuvent, en raison d'intérêts personnels, participer aux séances.

#### CHAPITRE VI. — *Dispositions finales*

##### Computation des délais

**Art. 42.** Les délais mentionnés dans ce décret sont suspendus du 16 juillet au 14 août.

##### Dispositions pénales

**Art. 43.** Sans préjudice de l'application des mesures prévues dans la législation pénale ou dans d'autres lois ou décrets, est puni d'une peine d'emprisonnement de 8 jours à six mois et d'une amende de 100 à 5.000 EUR ou de l'une de ces peines seulement :

1° celui qui omet de respecter les prescriptions fixées par l'arrêté de classement conformément aux articles 4 et 8;



2° celui qui, sans le permis de patrimoine prévu à l'article 13 ou en contravention aux prescriptions de celui-ci, apporte des transformations physiques au bien classé;

3° celui qui apporte des transformations au sein d'un site archéologique repris dans l'atlas des sites archéologiques sans avoir obtenu l'autorisation prévue à l'article 26 ou en contravention aux prescriptions de celle-ci;

4° l'officier instrumentant qui omet de noter dans l'acte de cession que le bien concerné est provisoirement ou définitivement classé conformément à l'article 15;

5° celui qui enfreint l'interdiction prévue à l'article 29 d'utiliser un détecteur électronique ou magnétique.

Les dispositions du livre Ier du Code pénal, y compris le chapitre VII et l'article 85, sont applicables aux contraventions mentionnées au premier alinéa.

#### Contrôle

**Art. 44.** Indépendamment des officiers de police judiciaire désignés conformément à d'autres législations, le Gouvernement peut reconnaître à des fonctionnaires et agents du Ministère de la Communauté germanophone la qualité d'officier de police judiciaire pour rechercher et constater par procès-verbal les infractions déterminées à l'article 43. Si nécessaire, ils agissent de concert avec des experts.

#### Droit d'entrée et droit à l'information

**Art. 45.** Après avoir averti le propriétaire, les fonctionnaires et agents visés à l'article 44 ont accès au chantier, aux bâtiments, ainsi qu'aux monuments provisoirement ou définitivement classés pour faire toutes recherches et constatations utiles. Ils peuvent visiter tous les lieux, même clos et couverts, où s'effectuent des sondages ou des fouilles et se faire communiquer tous les renseignements qu'ils jugent utiles, dans la mesure où les missions découlant de ce décret le nécessitent.

Lorsque l'inspection visée au premier alinéa revêt le caractère d'une visite domiciliaire, les fonctionnaires et agents ne peuvent y procéder que si l'accès leur a été refusé à plusieurs reprises, qu'il y a des indices d'infraction et qu'ils y ont été autorisés par le juge de police.

Sans préjudice de l'application des peines plus fortes déterminées aux articles 269 et 275 du Code pénal, quiconque aura mis obstacle à l'exercice du droit de visite prévu à l'alinéa précédent sera puni de huit à quinze jours d'emprisonnement et d'une amende de 50 à 300 EUR ou de l'une de ces peines seulement.

#### Injonctions

**Art. 46.** Les fonctionnaires et agents visés à l'article 44 peuvent ordonner verbalement et sur place l'interruption des travaux, la cessation de l'utilisation du bâtiment ou de l'accomplissement d'actes lorsqu'ils constatent que ceux-ci ne sont pas conformes au permis de patrimoine délivré ou sont exécutés sans ledit permis. Les éventuels coûts y afférents, encourus par l'intéressé, ne sont pas dédommagés.

Sous peine de nullité, l'ordre doit être confirmé dans les cinq jours par le Gouvernement.

Le procès-verbal de constat et la décision de confirmation sont notifiés par lettre recommandée à la poste avec accusé de réception au maître de l'ouvrage, à la personne ou à l'entrepreneur qui exécute les travaux, ou à la personne qui fait usage du bâtiment.

L'intéressé peut, par la voie du référé, demander la suppression de la mesure devant le président du tribunal de première instance.

Les fonctionnaires et agents précités sont habilités à prendre toutes mesures, en ce compris la mise sous scellés, pour assurer l'application immédiate de l'ordre d'interrompre, de la décision de confirmation ou, le cas échéant, de l'ordonnance du président.

Quiconque aura poursuivi les travaux ou actes en violation de l'ordre d'interrompre, de la décision de confirmation ou de l'ordonnance du président, sera puni d'un emprisonnement de huit jours à un mois indépendamment des peines prévues à l'article 43 pour les infractions.

#### Abrogation

**Art. 47.** Sont abrogés :

1° les articles 66, 5°, et 68, du Code wallon de l'Aménagement du Territoire, de l'Urbanisme et du Patrimoine, modifié par le décret du Conseil régional wallon du 18 juillet 1991;

2° l'article 67 du Code wallon de l'Aménagement du Territoire, de l'Urbanisme et du Patrimoine, modifié par le décret du Conseil régional wallon du 23 août 1985 et le décret du Conseil régional wallon du 18 juillet 1991;

3° les articles 69 et 71 du Code wallon de l'Aménagement du Territoire, de l'Urbanisme et du Patrimoine;

4° l'article 70 du Code wallon de l'Aménagement du Territoire, de l'Urbanisme et du Patrimoine, modifié par le décret du Conseil régional wallon du 23 août 1985;

5° l'article 345 du Code wallon de l'Aménagement du Territoire, de l'Urbanisme et du Patrimoine, inséré par le décret du Conseil régional wallon du 18 juillet 1991 et modifié par le décret du Conseil régional wallon du 1<sup>er</sup> juillet 1993;

6° les articles 346, 347 à 367, 368 à 371, 393 et 394 du Code wallon de l'Aménagement du Territoire, de l'Urbanisme et du Patrimoine, inséré par le décret du Conseil régional wallon du 18 juillet 1991;

7° l'article 346bis du Code wallon de l'Aménagement du Territoire, de l'Urbanisme et du Patrimoine, inséré par le décret du Conseil régional wallon du 9 décembre 1993, en ce qui concerne les fouilles;

8° les articles 367bis et 392bis du Code wallon de l'Aménagement du Territoire, de l'Urbanisme et du Patrimoine, insérés par le décret du Conseil régional wallon du 1<sup>er</sup> juillet 1993;

9° les articles 232 à 252 du Code wallon de l'Aménagement du Territoire, de l'Urbanisme et du Patrimoine, insérés par le décret du Conseil régional wallon du 1<sup>er</sup> avril 1999;

10° le décret du 14 mars 1994 relatif à la Commission royale de la Communauté germanophone pour la protection des monuments et sites, modifié par le décret-programme du 23 octobre 2000 et le décret du 25 juin 2007.

## Modification de l'article 10 du décret relatif à l'infrastructure

**Art. 48.** L'article 10, alinéa 1<sup>er</sup>, du décret du 18 mars 2002 relatif à l'infrastructure, modifié par le décret-programme du 25 juin 2007 est complété par la disposition suivante :

« , ainsi que des projets d'infrastructure prévus à l'article 39, § 3, relatifs à des bâtiments et sites classés. »

## Modification d'un intitulé du décret relatif à l'infrastructure

**Art. 49.** Dans le chapitre I<sup>er</sup>, section 5, du même décret, l'intitulé de la sous-section 3, insérée par le décret-programme du 25 juin 2007, est complété comme suit :

« et de demande de subsides pour des bâtiments et sites classés »

## Modification de l'article 24bis du décret relatif à l'infrastructure

**Art. 50.** L'article 24bis du même décret, inséré par le décret-programme du 25 juin 2007, est remplacé comme suit :

« Article 24bis – Primes pour terrains de camping, établissements hôteliers ou maisons de vacances et subsides pour les bâtiments et sites classés

§ 1 – Par dérogation aux articles 19 à 23, les règles suivantes s'appliquent à la demande des primes mentionnées aux articles 36 à 38 ainsi qu'à la demande des subsides pour des bâtiments et sites classés lorsque le demandeur est une personne de droit privé, mentionnés à l'article 39, § 3.

Le demandeur introduit auprès du Gouvernement une demande d'octroi d'une prime ou d'un subside, accompagnée des documents suivants :

1° des données d'identité du demandeur;

2° le titre de propriété ou une copie du contrat de bail, de bail emphytéotique ou du contrat de louage à domaine congéable relatif au bien immobilier concerné;

3° une description détaillée des travaux envisagés ainsi que la preuve de l'utilité et du besoin;

4° la preuve de l'éventuelle déductibilité de la T.V.A.;

5° la preuve que le financement de la partie des dépenses non couverte par la prime ou le subside de la Communauté germanophone et le remboursement de la prime ou du subside sont assurés;

6° les devis ou le cahier des charges avec estimation détaillée des coûts.

7° dans le cas de bâtiments ou sites classés, une déclaration du demandeur certifiant qu'il est, sur demande du Gouvernement, disposé à rendre l'objet subsidié accessible au public dans le cadre des journées du patrimoine ou pendant 2 autres jours maximum par an.

Après réception de l'accusé de réception de la demande complète, le demandeur peut commencer les travaux sans perdre le droit à une prime ou à un subside.

§ 2 – Le Gouvernement statue sur la demande et octroie, le cas échéant, sa promesse pour un montant de prime ou de subside maximal. Le cas échéant, celui-ci sera adapté sur la base du décompte final. La promesse octroyée pour les subsides mentionnés à l'article 39 peut contenir des prescriptions autres que celles contenues dans le permis de patrimoine. »

## Modification de l'article 39 du décret relatif à l'infrastructure

**Art. 51.** L'article 39 du même décret est remplacé par la disposition suivante :

« Article 39 – § 1<sup>er</sup> – Dans la mesure où le permis de patrimoine l'autorise, seul le projet d'infrastructure prévu à l'article 2, alinéa 1<sup>er</sup>, 4°, entre en ligne de compte pour une subside lorsqu'il s'agit de bâtiments, ensembles et sites classés ainsi que d'installations y attachées à demeure.

Seuls les monuments, ensembles et sites définitivement classés entrent en ligne de compte pour une subside, sauf si la demande concerne les travaux de remise en état à réaliser d'urgence visés à l'article 22, § 1<sup>er</sup>, lesquels peuvent être effectués à des monuments, ensembles et sites classés provisoirement et être subsidiés.

§ 2 – Par dérogation à l'article 12, le demandeur doit être propriétaire du bien immobilier classé à subside.

Par dérogation à l'article 18, § 2, alinéa 3, les liquidations proportionnelles ne peuvent excéder 60 % du subside total. Le subside total ou le solde du subside n'est liquidé qu'après que le Gouvernement aura contrôlé sur place si les travaux sont conformes aux prescriptions imposées par le permis de patrimoine et aux prescriptions supplémentaires éventuellement imposées lors de la promesse de subside.

§ 3 – Par dérogation à l'article 16, le subside représente 40 % du montant global des dépenses admissibles entrant en ligne de compte pour une subside, avec un maximum de 100.000 EUR, lorsque le demandeur est une personne physique. »

## Modification du décret-programme du 20 février 2006

**Art. 52.** L'article 32, alinéa 2, du décret-programme du 20 février 2006 est remplacé par la disposition suivante :

« Par dérogation à l'alinéa 1<sup>er</sup>, il n'existe pas de droit au paiement de subsides

— inférieurs à 2.500 EUR pour les projets d'infrastructure prévus à l'article 2, alinéa 1<sup>er</sup>, 1° à 3°, 5° et 7° à 10°, du décret du 18 mars 2002 relatif à l'infrastructure;

— inférieurs à 2.500 EUR pour les projets d'infrastructure prévus à l'article 2, alinéa 1<sup>er</sup>, 4°, du même décret lorsque le demandeur est une personne morale de droit privé ou public;

— inférieurs à 750 EUR pour les projets d'infrastructure prévus à l'article 2, alinéa 1<sup>er</sup>, 4°, du même décret, lorsque le demandeur est une personne physique;

— inférieurs à 750 EUR pour les projets d'infrastructure prévus à l'article 2, alinéa 1<sup>er</sup>, 6°, du même décret. »

## Dispositions transitoires

**Art. 53.** Les procédures en cours au moment de l'entrée en vigueur du présent décret sont poursuivies conformément aux prescriptions valables avant l'entrée en vigueur.

Le permis de patrimoine prévu à l'article 13 n'est pas requis pour les travaux pour lesquels un permis d'urbanisme ou de lotir définitif était accordé avant le jour d'entrée en vigueur du présent décret.

## Intitulé abrégé

**Art. 54.** Ce décret sera aussi appelé « Denkmalschutzdekret » (« Décret sur le patrimoine »).

## Entrée en vigueur

**Art. 55.** Ce décret entre en vigueur le 1<sup>er</sup> janvier 2009.

Promulguons le présent décret et ordonnons qu'il soit publié au *Moniteur belge*.

Eupen, le 23 juin 2008.

Le Ministre-Président du Gouvernement de la Communauté germanophone,  
Ministre des Pouvoirs locaux,  
K.-H. LAMBERTZ

Le Vice-Ministre-Président du Gouvernement de la Communauté germanophone,  
Ministre de la Formation et de l'Emploi, des Affaires sociales et du Tourisme,  
B. GENTGES

Le Ministre de l'Enseignement et de la Recherche scientifique,  
O. PAASCH

La Ministre de la Culture et des Médias, de la Protection des Monuments,  
de la Jeunesse et des Sports,  
Mme I. WEYKMANS

## Notes

(1) *Session 2007-2008*

*Documents parlementaires* : 115 (2007-2008) N° 1 Projet de décret

115 (2007-2008) N°s 2-4 Propositions d'amendement

115 (2007-2008) N° 5 Rapport

115 (2007-2008) N° 6 Proposition d'amendement au texte adopté par la commission.

*Compte rendu intégral* : Discussion et vote – Séance du 23 juin 2008

## VERTALING

## MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

N. 2008 — 4069

[C - 2008/33101]

**23 JUNI 2008. — Decreet betreffende de bescherming van monumenten, ensembles en landschappen en betreffende de opgravingen (1)**

De Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

Het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap heeft aangenomen en Wij, Regering, bekrachtigen hetgeen volgt :

HOOFDSTUK I. — *Algemene bepalingen*

## Definities

**Artikel 1.** Voor de toepassing van dit decreet dient te worden verstaan onder :

1° monument : een door de mens geschapen onroerend goed, inbegrepen alle inrichtingen en decoratieve elementen die integrale bestanddeel zijn van het onroerend goed, op voorwaarde dat dit goed van algemeen belang is omwille van zijn archeologische, esthetische, historische, artistieke, culturele, volkskundige, wetenschappelijke, sociale of technische waarde;

2° ensemble : een groepering van meerdere monumenten, met inbegrip van de ruimte die zij afbakenen en desgevallend de omgeving en de al dan niet bebouwde bestanddelen van die omgeving, op voorwaarde dat het geheel coherent genoeg is om een topografische afbakening mogelijk te maken en van algemeen belang is omwille van zijn archeologische, esthetische, historische, artistieke, culturele, volkskundige, wetenschappelijke, sociale of technische waarde;

3° landschap : een door de natuur of door de mens en de natuur geschapen onroerend goed, op voorwaarde dat het geheel coherent is om een topografische afbakening mogelijk te maken en van algemeen belang is omwille van zijn archeologische, esthetische, historische, artistieke, culturele, volkskundige, wetenschappelijke, sociale of technische waarde;

4° beschermingsgebied : een gebied dat vanuit een gerangschikt monument, ensemble of landschap zichtbaar is of er tegelijk mee zichtbaar is;

5° eigenaar : een natuurlijke of een privaot- of publiekrechtelijke rechtspersoon die houder is van een eigendomsrecht, van een recht van vruchtgebruik, van een erfpachtrecht of van een ander zakelijk recht op een onroerend goed;

6° klein erfgoed : de kleine gebouwde elementen, die geïsoleerd of deel uitmakend van een geheel, een stempel op de leefomgeving drukken, bij de lokale bevolking als referentepunt dienen of tot het verbondenheidsgevoel bijdragen, echter niet als monument gerangschikt zijn;

7° relevant gebouw : gebouw dat vanuit een historisch en architectonisch gezichtspunt interessant is, onder monumentenzorg in de zin van hoofdstuk II van voorliggend decreet echter niet gerangschikt is/wordt;

8° archeologische goederen : alle materiële, al dan niet ondergrondse overblijfselen van paleontologische aard of het spoor ervan, beschouwd als bewijs van de bedrijvigheid van de mens of van zijn leefmilieu, van verlopen tijdperken of beschavingen, ongeacht de kunstwaarde ervan;

9° archeologische peiling : iedere handeling die de wijziging van de staat van een archeologische vindplaats inhoudt en die bestemd is om zich te vergewissen van het bestaan, de aard en de omvang van een archeologische vindplaats of van archeologische goederen;

10° archeologische vindplaats : elk gezamenlijk werk van mens en natuur waarbij het gaat gedeeltelijk om bebouwde gebieden, eigenaardig en homogeen genoeg om een topografische afbakening mogelijk te maken en van uitzonderlijk belang omwille van hun archeologische, esthetische, historische, artistieke, culturele, volkskundige, wetenschappelijke, sociale of technische waarde;

11° opgravingen : alle handelingen en werken bedoeld om archeologische goederen op te zoeken en eventueel te beschermen;

12° toevallige ontdekking : het door zuivere toeval ontdekken van archeologische goederen;

13° commissie : de Koninklijke Commissie van de Duitstalige Gemeenschap voor de bescherming van monumenten en landschappen;

14° gemeentecollege : het gemeentecollege van de gemeente waar het monument, ensemble of landschap, het archeologisch goed, de archeologische vindplaats, het klein erfgoed of relevant gebouw gelegen is.

## HOOFDSTUK II. — *Bescherming van de monumenten, ensembles en landschappen*

### *Afdeling 1. — Voorlopige rangschikking*

#### Doelstelling van de voorlopige rangschikking

**Art. 2.** Om haar opzet uit te leggen, een monument, ensemble of landschap definitief te rangschikken, neemt de Regering een besluit houdende voorlopige rangschikking.

#### Voorstel tot rangschikking

**Art. 3.** § 1 – Het voorstel tot rangschikking van een monument, ensemble of landschap kan uitgaan van :

1° de Regering;

2° de commissie;

3° het gemeentecollege;

4° de eigenaar.

§ 2 – Dienen bij het voorstel gevoegd te worden :

1° de schriftelijke uitleg van de bewegingsreden voor de rangschikking;

2° een beschrijving van het te beschermen goed;

3° een kadasterplan met afbakening van het te beschermen goed en van zijn beschermingsgebied;

4° actuele foto's;

5° voor de voorstellen ingediend overeenkomstig § 1, 1° tot 3° : de schriftelijke inlichtingen over het opzet om een rangschikking voor te stellen, samen met het verzoek om plaatsbezoek, geadresseerd aan de eigenaar, alsmede het slotprotocol over het met de eigenaar gevoerde plaatsbezoek van het onder monumentenzorg te plaatsen goed. Weigert de eigenaar het plaatsbezoek, dan wordt dit behoorlijk in het protocol vermeld en wordt de rangschikkingsprocedure voortgezet.

§ 3 - Het voorstel bedoeld in § 1, 2° tot 4°, moet bij de Regering worden ingediend.

§ 4 – De commissie onderzoekt de voorstellen tot rangschikking bedoeld in § 1, 1°, 3° en 4°, en kan, om het voorstel aan te vullen, verdere inlichtingen inwinnen. Binnen 30 kalenderdagen geeft ze een advies uit dat ze aan de Regering voorlegt.

In uiterst dringende gevallen kan de Regering tot de voorlopige rangschikking beslissen, zonder het advies van de commissie in te winnen.

§ 5 – Werd een voorstel tot rangschikking ingediend, beslist de Regering binnen twaalf maanden over de inleiding van de procedure met het oog op de voorlopige rangschikking. Wordt de procedure niet ingeleid, dan worden de eigenaar en het gemeentecollege daarvan schriftelijk op de hoogte gebracht.

#### Besluit houdende voorlopige rangschikking

**Art. 4.** Het besluit houdende voorlopige rangschikking bevat :

1° de beperkingen die voor het behoud van het gerangschikt monument, ensemble of landschap opgelegd worden;

2° bijzondere voorschriften m.b.t. het behoud en het onderhoud;

3° als bijlage een situatieplan dat de nauwkeurige grenzen en het beschermingsgebied van het te beschermen goed bepaalt.

De bijzondere voorschriften kunnen inzonderheid beperkingen van het eigendomsrecht bevatten, inbegrepen het volledig of voorwaardelijk verbod te bouwen, in percelen te delen of af te sluiten.

## Geldigheidsduur van de voorlopige rangschikking

**Art. 5.** De voorlopige rangschikking geldt voor ten hoogste 12 maanden vanaf het moment waarop het besluit bedoeld in artikel 4 bindend wordt.

## Informatieplicht

**Art. 6.** § 1 – Ten laatste bij de afsluiting van het huur- of exploitatiecontract betekent de eigenaar een afschrift van het besluit houdende voorlopige rangschikking per aangetekende brief aan de huidige en eventueel volgende huurders en bewoners. Gebeurt de voorlopige rangschikking in de loop van een huur- of exploitatiecontract, stuurt de eigenaar het besluit houdende voorlopige rangschikking, binnen 21 kalenderdagen na de ontvangst ervan, per aangetekende brief aan de huurders of bewoners toe.

Bij niet-naleving van de informatieplicht bedoeld in het voorafgaande lid wordt de eigenaar bij elke door de huurders of bewoners gepleegde overtreding hoofdelijk aansprakelijk gesteld voor de herstelling van het goed, bevolen door de rechtbank.

§ 2 – Het besluit houdende voorlopige rangschikking wordt op het hypotheekkantoor ingeschreven.

*Afdeling 2. — Definitieve rangschikking*

## Procedure voor een definitieve rangschikking

**Art. 7.** § 1 – Met het oog op een definitieve rangschikking wordt het besluit houdende voorlopige rangschikking tegelijk ter facultatief advies voorgelegd aan volgende personen en instellingen :

1° de eigenaar. Deze mededeling vermeldt uitdrukkelijk de informatieplicht waarvan sprake is in artikel 6. Desgevallend houdt het advies van de eigenaar rekening met aanduidingen over de maatschappelijke aanvaardbaarheid van de maatregel;

2° het bevoegde gemeentecollege voor openbaarmaking door aanplakking én door bekendmaking in ten minste een plaatselijk dagblad en een huis-aan-huis-blaadje binnen vijftien kalenderdagen na de ontvangst van de mededeling, met vermelding dat de opmerkingen binnen een termijn van vijftien kalenderdagen bij het gemeentebestuur moeten worden medegedeeld. Tijdens de hele duur van de aanplakking is het mogelijk inzage te nemen van het volledige dossier bij het gemeentebestuur, dat voor elke verdere inlichting ter beschikking staat. Het gemeentecollege laat zijn verslag over de opmerkingen samen met zijn advies toekomen binnen de in lid 2 bepaalde termijn;

3° het provinciecollege;

4° de Regering van het Waalse Gewest.

De termijn om de verschillende adviezen uit te brengen, wordt op 60 kalenderdagen vastgelegd en begint op de dag waarop het besluit houdende voorlopige rangschikking betekend wordt. Wordt geen advies uitgebracht binnen deze termijn, dan wordt de persoon of instelling geacht de rangschikking toe te stemmen.

Bij de mededeling aan de eigenaar en aan het gemeentecollege wordt een afschrift van het besluit houdende voorlopige rangschikking en van voorliggend decreet gevoegd.

§ 2 – Het besluit houdende voorlopige rangschikking wordt eveneens aan de commissie ter informatie toegestuurd met het oog op een definitieve rangschikking.

## Besluit houdende definitieve rangschikking

**Art. 8.** § 1 – Bij besluit beslist de Regering over de definitieve rangschikking van de voorlopig gerangschikte monumenten, ensembles en landschappen.

Wordt het besluit houdende definitieve rangschikking niet binnen de in artikel 5 vermelde termijn aangenomen, wordt dit beschouwd als een impliciete beslissing van de Regering om het goed niet te rangschikken.

§ 2 – Het besluit houdende definitieve rangschikking bevat :

1° de beperkingen die voor het behoud van de monumenten, ensembles of landschappen opgelegd worden;

2° de bijzondere voorschriften m.b.t. het behoud en het onderhoud;

3° als bijlage een situatieplan dat de nauwkeurige grenzen en het beschermingsgebied van het gerangschikt goed bepaalt.

De bijzondere voorschriften kunnen inzonderheid beperkingen van het eigendomsrecht bevatten, inbegrepen het volledig of voorwaardelijk verbod te bouwen, in percelen te delen en af te sluiten.

§ 3 – Bij de mededeling aan de eigenaar, die uitdrukkelijk de in artikel 9, § 1, vermelde informatieplicht vermeldt, wordt een afschrift van het besluit houdende rangschikking en van dit decreet gevoegd.

§ 4 – Het besluit houdende definitieve rangschikking wordt de commissie, het bevoegde gemeentecollege, het provinciecollege en de Regering van het Waalse Gewest ter informatie toegestuurd.

## Informatieplicht

**Art. 9.** § 1 – Ten laatste bij de afsluiting van het huur- of exploitatiecontract betekent de eigenaar een afschrift van het besluit houdende definitieve rangschikking per aangetekende brief aan de huidige en eventueel volgende huurders en bewoners. Gebeurt de definitieve rangschikking in de loop van een huur- of exploitatiecontract, stuurt de eigenaar het besluit houdende definitieve rangschikking, binnen 21 kalenderdagen na de ontvangst ervan, per aangetekende brief aan de huurders of bewoners toe.

Bij niet-naleving van de informatieplicht bedoeld in het voorafgaande lid wordt de eigenaar bij elke door de huurders of bewoners gepleegde overtreding hoofdelijk aansprakelijk gesteld voor de herstelling van het goed, bevolen door de rechtbank.

§ 2 – Het besluit houdende definitieve rangschikking wordt op het hypotheekkantoor ingeschreven.



*Afdeling 3.* — Bescherming aangeboden door de voorlopige of definitieve rangschikking van een monument, ensemble of landschap

Instandhoudingsplicht

**Art. 10.** § 1 — Naast de in het besluit houdende rangschikking vastgelegde maatregelen resp. opgelegde verplichtingen moeten de eigenaars, huurders en alle bewoners van voorlopig of definitief gerangschikte monumenten, ensembles of landschappen deze door de nodige onderhoudswerken in goede staat houden en mogen deze noch veranderen, beschadigen of vernielen noch er andere schaden aan brengen, behalve bij vergunning uitgereikt door de Regering overeenkomstig artikel 13.

§ 2 — De Regering kan van de eigenaar van een gerangschikt goed eisen dat hij werken uitvoert.

Als de eigenaar de werken niet uitvoert die noodzakelijk zijn om de destructie of beschadiging van een gerangschikt onroerend goed te voorkomen, dan kan de gemeenschap, de provincie of de gemeente overeenkomstig de door de Regering opgelegde voorwaarden optreden en de voor de instandhouding van het goed noodzakelijke preventieve maatregelen nemen. De gemeente of de provincie verkrijgt dan de door de gemeenschap toegekende subsidies.

Wordt met de eigenaar geen enigheid bereikt, dan kunnen de overheden vermeld in vorig lid de aangegeven kosten door alle rechtsmiddelen terugvorderen, voor zover ze in het belang van het goed aangegeven werden. Is het goed het eigendom van een privaatrechtelijke persoon en gaat het niet om kleine onderhoudswerken, dan kan die persoon erom verzoeken dat de overheid haar goed verwerft. In dit geval zullen de voor de beschermingsmaatregelen aangegeven kosten van de koopprijs afgetrokken worden.

Verplaatsing

**Art. 11.** De gedeeltelijke of gehele verplaatsing van een gerangschikt monument is verboden, behalve als de instandhouding ervan het vereist. Na de commissie en, desgevallend, andere deskundigen te hebben gehoord, neemt de Regering de geschikte maatregelen qua afbouw, verplaatsing en wederopbouw van het monument en qua nieuwe vestigingsplaats.

Schadevergoeding

**Art. 12.** § 1 — Wanneer een bouw- of verkavelingsverbod bepaald in de rangschikking van een onroerend goed einde maakt aan het gebruik of bestemming ervan, kan de eigenaar om een schadevergoeding ten laste van de gemeenschap verzoeken. Dit gebruik resp. deze bestemming moet reeds op de dag vóór de inwerkingtreding van de voorlopige rangschikking bestaan of het moet bewezen worden dat de omzetting ervan binnen de twaalf maanden na de inwerkingtreding van de voorlopige rangschikking gepland is. Dit recht veronderstelt dat het goed, op die dag, bebouwbaar en op een voor de situatie voldoende uitgeruste verkeersweg gelegen was. Bovendien moet de aanvrager bewijzen dat hij effectief geprobeerd heeft, door concrete en duidelijke handelingen het gebruik of de bestemming te bereiken waaraan een einde wordt gemaakt.

Het recht op schadevergoeding ontstaat op het ogenblik van de inwerkingtreding van het besluit houdende definitieve rangschikking.

§ 2 — Voor de schadevergoeding komt slechts de waardevermindering in aanmerking die uit het bouw- of verkavelingsverbod voortvloeit en ten minste 20% van deze waarde belooft.

De vergoeding wordt verminderd naar rato van het voordeel dat de eigenaar uit de rangschikking trekt; zij kan zelfs geweigerd worden.

Van haar schadevergoedingsplicht kan zich de gemeenschap vrijstellen door ofwel het goed te kopen ofwel de bepalingen van het besluit houdende rangschikking te wijzigen waardoor een recht op schadevergoeding is ontstaan.

§ 3 — Een schadevergoeding is uitgesloten, indien :

- 1° de eigenaar het onroerend goed heeft verworven, toen het reeds gerangschikt was;
- 2° het om een verbod gaat, een uithang- of reclamebord of een verlichting op het onroerend goed aan te brengen;
- 3° het om een verbod gaat, gevaarlijke, ongezonde en hinderlijke bedrijven langer dan toegelaten te exploiteren;
- 4° de eigenaar zelf om de rangschikking heeft verzocht of in die rangschikking uitdrukkelijk heeft toegestemd.

§ 4 — Zodra het onroerend goed niet meer gerangschikt is, kan de gemeenschap van de begunstigen, van hun rechthebbenden of hun eisen dat ze de met de wettelijke rentevoet verhoogde schadevergoedingen terugbetalen, zodra het onroerend goed niet meer als monument of landschap gerangschikt is of als de rangschikking minder dan 20 jaar vroeger heeft plaatsgevonden.

§ 5 — De vorderingen verjaren zes maanden na de dag waarop het recht op schadevergoeding vermeld in § 1 resp. het recht op terugvordering vermeld in § 4 ontstaat.

Erfgoedvergunning

**Art. 13.** § 1 — Als natuurlijke of rechtspersonen veranderingswerken aan een gerangschikt goed willen voornemen of het uiterlijk aspect ervan wensen te wijzigen, moet vooraf het akkoord van de Regering, de zogenaamde « erfgoedvergunning » ingewonnen worden. Dit geldt ook voor de uithangborden, reclameborden en verlichtingen.

Onder de bedoelde gerangschikte goederen vallen ook de goederen gelegen in het beschermingsgebied ervan.

Het akkoord van de Regering kan voorwaardelijk zijn.

§ 2 — Het berust bij de eigenaar, huurder of bewoner die bouwwerken wenst uit te voeren bij de Regering om de erfgoedvergunning per aangetekende brief te verzoeken, waarbij het door de Regering bepaald aanvraagformulier gebruikt wordt.

Bij de ontvangst van een aanvraag om stedenbouwkundige vergunning of verkavelingsvergunning informeert het bevoegde gemeentecollege de aanvrager schriftelijk over de verplichting, met toepassing van § 1 een erfgoedvergunning te verkrijgen. Een afschrift van deze mededeling wordt tegelijk aan de Regering betekend.

§ 3 — Bij de schriftelijke aanvraag om erfgoedvergunning worden volgende documenten gevoegd :

- 1° het eigendomsbewijs met betrekking tot het betrokken goed;
- 2° een schriftelijke toestemming van de eigenaar, wat de geplande bouwkundige veranderingswerken of veranderingen van het uiterlijk aspect van het betrokken goed betreft, als de aanvrager niet de eigenaar is;

3° een beschrijving van de veranderingswerken met actuele foto's van het betrokken goed en van de gedeelten van het goed die door de geplande werken betrokken zijn.

Binnen vijftien kalenderdagen na de ontvangst van de aanvraag om erfgoedvergunning verzoekt de Regering desgevallend om de ontbrekende of onvolledige documenten. Is de aanvraag volledig, dan wordt dit aan de eigenaar schriftelijk bekrachtigd.

Nadat de Regering bekrachtigt heeft dat het dossier volledig is, wint ze binnen 15 kalenderdagen een advies bij de commissie en het gemeentecollege in. De commissie en het gemeentecollege beschikken over een termijn van dertig kalenderdagen na de betekening van de aanvraag aan de Regering om hun advies uit te brengen. Bij gebreke aan een advies na afloop van die termijn wordt de commissie resp. het gemeentecollege geacht de erfgoedvergunning toe te stemmen. Vanaf de betekening van het advies of na het verstrijken van de termijn van dertig kalenderdagen beschikt de Regering over dertig kalenderdagen om een beslissing over de erfgoedvergunning te nemen. Bij gebreke aan een beslissing na afloop van die termijn wordt de Regering geacht de erfgoedvergunning toe te kennen.

Zo nodig kan de Regering, alvorens een beslissing te nemen, een bijeenkomst met de betrokken acteurs organiseren met het oog op de uitleg van de aanvraag om erfgoedvergunning.

De beslissingen m.b.t. de aanvragen om erfgoedvergunning worden aan de aanvrager én aan de in artikel 7, § 1, lid 1, 1° en 2°, vermelde adressaten als afschrift betekend.

Binnen dertig kalenderdagen na de ontvangst van de beslissing van de Regering kan de aanvrager een met redenen omkleed beroep per aangetekende brief bij de Regering indienen. De Regering beschikt over dertig kalenderdagen om te beslissen.

§ 4 – Op verzoek van de Regering en overeenkomstig haar richtlijnen is ieder die werken zonder erfgoedvergunning of in overtreding van de erin vermelde voorschriften uitvoert, ertoe verplicht, te zijnen last het goed geheel of gedeeltelijk in zijn oorspronkelijke toestand te herstellen of de aangebrachte wijzigingen te corrigeren.

§ 5 – Als de werken binnen de twee jaar na de ontvangst van de erfgoedvergunning niet op een aanzienlijke manier begonnen zijn, vervalt de erfgoedvergunning. Op verzoek kan ze één keer met één jaar worden verlengd. Het verzoek om verlenging moet ten laatste één maand vóór de aflooptdatum worden ingediend.

§ 6 – In uiterst dringende gevallen kan de Regering, in afwijking van § 3, afstand doen van het advies van de commissie.

§ 7 – De nadere regels worden door de Regering vastgelegd.

#### Onteigeningen

**Art. 14.** De gemeenschap, de provincie of de gemeente kunnen een definitief gerangschikt monument, ensemble of landschap dat niet voldoende onderhouden wordt, ten algemene nut onteigenen. In dit geval wordt het algemene nut door de Regering verklaard.

Indien de Regering de onteigening voorneemt, informeert ze vooraf de betrokken gemeente en de provincie over haar opzet.

De onteigening wordt uitgevoerd volgens de procedure bepaald in de wet van 26 juli 1962 betreffende de rechtspleging bij hoogdringende omstandigheden inzake onteigening ten algemene nutte.

Een definitief gerangschikt goed dat met toepassing van dit decreet onteigend wordt, kan publiek- of privaatrechtelijke personen overgedragen worden. De provincie en de gemeente moeten ervoor de toestemming van de Regering verkrijgen. De verkrijger verplicht er zich toe, het goed onder de in de akte van overdracht vermelde voorwaarden te gebruiken.

Een gebouw dat zich in het beschermingsgebied van een monument, ensemble of landschap bevindt, kan eveneens volgens dezelfde procedure onteigend worden om een definitief gerangschikt goed te isoleren, naar voren te brengen of te saneren.

#### Gevolgen bij eigendomsoverdracht

**Art. 15.** Het goed blijft steeds aan de rechtsgevolgen van de rangschikking onderworpen, in welke handen het ook overgaat.

In geval van overdracht van het eigendom van een voorlopig of definitief gerangschikt monument, van een gedeelte van een ensemble of van een onroerend goed gelegen in een landschap, is de instrumenterende ambtenaar ertoe verplicht, in de akte van overdracht te vermelden dat het betrokken goed voorlopig of definitief gerangschikt is. Bij de akte van overdracht wordt een afschrift van het besluit houdende rangschikking gevoegd. Hij wint inlichtingen daarover in. De instrumenterende ambtenaar informeert onverwijld de Regering en het betrokken gemeentebestuur van de identiteit en het adres van de nieuwe eigenaar van het gerangschikt goed.

Bij de openbaarmaking van de overdracht van een gerangschikt goed is de instrumenterende ambtenaar ertoe verplicht de rangschikking van dit goed te vermelden.

#### Intrekking van de rangschikking

**Art. 16.** Om de rangschikking van een onroerend goed in te trekken, past de Regering de procedures toe waarin de artikelen 2 à 9 voorzien.

Artikel 3, § 4, lid 2, is echter niet van toepassing.

*Afdeling 4.* — Lijst met de voorlopig of definitief gerangschikte monumenten, ensembles en landschappen en hun herkenningsteken

Lijst met de voorlopig en definitief gerangschikte monumenten, ensembles en landschappen

**Art. 17.** De Regering houdt en werkt voor elke gemeente een lijst bij met de voorlopig en definitief gerangschikte monumenten, ensembles en landschappen.

Herkenningsteken

**Art. 18.** Op de definitief gerangschikte monumenten, ensembles en landschappen wordt een door de Regering vastgelegd herkenningsteken aangebracht.

HOOFDSTUK III. — *Klein erfgoed en andere relevante gebouwen*

Inventaris van het klein erfgoed en van de andere relevante gebouwen

**Art. 19.** De Regering houdt en werkt voor elke gemeente een inventaris bij van het klein erfgoed en van de andere relevante gebouwen van de Duitstalige Gemeenschap.

Het inventaris vermeldt :

1° het klein erfgoed alsmede

2° alle relevante gebouwen.

De Regering legt de nadere regels vast.

Inschrijving in de inventaris van het klein erfgoed en van de andere relevante gebouwen

**Art. 20.** § 1 – Mogen een voorstel tot inschrijving van gebouwen en voorwerpen in de inventaris van het klein erfgoed en van de andere relevante gebouwen indienen :

1° de commissie en

2° de in de plaatsen van het Duitse taalgebied gevestigde dorpsverbanden en belangengroepen;

3° het gemeentecollege.

De in lid 1 bedoelde mogelijke indieners van een voorstel dienen hun voorstel in d.m.v. het door de Regering opgesteld aanvraagformulier. De commissie onderzoekt de voorstellen tot rangschikking overeenkomstig lid 1, 2° en 3° en brengt een advies uit dat ze aan de Regering voorlegt.

§ 2 – De Regering beslist over de inschrijving in de inventaris van het klein erfgoed en van de andere relevante gebouwen.

Subsidiëringsprincipe

**Art. 21.** Binnen de perken van de te dien einde beschikbare kredieten kan de Regering forfaitaire subsidies toekennen voor de geïntegreerde instandhouding van het klein erfgoed en van de andere relevante gebouwen die overeenkomstig artikel 20 in de inventaris van het klein erfgoed en van de andere relevante gebouwen zijn opgenomen. Er moet worden gezorgd voor de zichtbaarheid van het klein erfgoed en de toegang voor het publiek ertoe alsmede voor de zichtbaarheid van de gebouwen.

Onder geïntegreerde instandhouding dient te worden verstaan het geheel van de maatregelen genomen ten einde te zorgen

1° voor de duurzaamheid van dat erfgoed;

2° voor de handhaving ervan in het kader van een passende – bebouwde of natuurlijke – omgeving;

3° voor het gebruik ervan en

4° voor de aanpassing ervan aan de behoeften van de maatschappij.

Subsidiëringsaanvraag

**Art. 22.** De aanvrager dient een schriftelijke subsidiëringsaanvraag in bij de Regering. Bij de aanvraag moeten volgende documenten worden gevoegd :

1° een beschrijving van het project en van de te nemen maatregelen, een situatieplan, alsmede actuele foto's van het betrokken gebouw of klein erfgoed;

2° een kostenraming met het bedrag voor iedere post, met vermelding enerzijds van de werken aan derden die aan gespecialiseerde bedrijven gegund worden en anderzijds van de eigenprestaties, met vermelding van de materiaalkosten;

3° de uitdrukkelijke toestemming van de eigenaar, als hij niet de aanvrager is.

De aanvraag wordt de commissie ter advies voorgelegd. Binnen dertig kalenderdagen brengt ze een met redenen omkleed advies uit.

Subsidiebedrag

**Art. 23.** De subsidie belooft ten hoogste 2.500 EUR, waarbij de aanneembare uitgaven tot 100 % ten laste kunnen worden genomen. De subsidie kan zich ook tot slechts één deel van de in de aanvraag vermelde werken beperken.

De aanneembare uitgaven betreffen uitsluitend de maatregelen die met toepassing van artikel 21 de geïntegreerde instandhouding tot doel hebben. Zij omvatten desgevallend ook de erelonen en de belastingen op de toegevoegde waarde, voor zover er geen aftrekbaarheid van de BTW bestaat.

Het maximumbedrag van de subsidie wordt in de toekenningsbeslissing van de Regering definitief vastgelegd.

**Art. 24.** .....

#### HOOFDSTUK IV. — *Opgravingen*

##### *Afdeling 1. — Beschermingsmaatregelen*

###### Inventaris van de archeologische vindplaatsen en vergunningsplicht

**Art. 25.** De Regering houdt een inventaris van de archeologische vindplaatsen bij met hun respectievelijke omvang.

Bij opname van een nieuwe archeologische vindplaats worden daarover geïnformeerd :

1° alle bij de Administratie van de belasting over de toegevoegde waarde, registratie en domeinen als eigenaars bekende personen wier terreinen in de omtrek van de archeologische vindplaats gelegen zijn. De eigenaar informeert de huidige en eventueel volgende huurders en bewoners, ten laatste bij de afsluiting van het huur- of exploitatiecontract, over de inschrijving van het terrein als archeologische vindplaats. Gebeurt de inschrijving in de loop van een huur- of exploitatiecontract, stuurt de eigenaar de inschrijvingsbeslissing alsmede een afschrift van het dienovereenkomstig uittreksel van de inventaris van de archeologische vindplaatsen, binnen 21 kalenderdagen na de ontvangst van de beslissing, per aangetekende brief aan de huurders of bewoners toe. Bij niet-naleving van deze informatieplicht wordt de eigenaar bij elke door de huurders of bewoners gepleegde overtreding van de bepalingen van het derde lid hoofdelijk aansprakelijk gesteld;

2° het bevoegde gemeentecollege;

3° het provinciecollege;

4° de Regering van het Waalse Gewest;

5° de commissie.

Voor wijzigingswerken aan archeologische vindplaatsen opgenomen in de inventaris is een voorafgaande vergunning van de Regering vereist. Zijn alleen betrokken de werken die de archeologische goederen wijzigen, herstellen of zouden kunnen beschadigen. De vergunning bepaalt de voorwaarden en vereisten voor de uitvoering van de werken.

##### *Afdeling 2. — Archeologische peilingen en opgravingen*

###### Machtiging

**Art. 26.** Opgravingen of archeologische peilingen mogen slechts met de voorafgaande machtiging van de Regering of voor haar rekening worden uitgevoerd.

De machtiging betreft een bepaalde vindplaats. Zij vermeldt de gerechtigden, de voorwaarden en de vereisten alsmede de geldigheidsduur. Deze geldigheidsduur kan één keer worden verlengd. De Regering neemt haar beslissing binnen zestig kalenderdagen na de ontvangst van de aanvraag. Neemt de Regering geen beslissing binnen de gestelde termijn, dan wordt de machtiging geacht te worden toegekend. De Regering legt de nadere modaliteiten vast.

Worden over de toekenning van de machtiging geïnformeerd :

1° de aanvrager;

2° de commissie;

3° de eigenaar, als hij niet de aanvrager is. De eigenaar informeert desgevallend de huurders en bewoners;

4° het gemeentecollege.

###### Schorsing, intrekking

**Art. 27.** De machtiging kan geschorst of ingetrokken worden,

1° indien de voorwaarden en vereisten niet vervuld zijn;

2° indien blijkt dat wegens de omvang van de ontdekkingen de wetenschappelijke expertise of de menselijke of technische middelen klaarblijkelijk onvoldoende zijn.

De Regering legt de nadere modaliteiten vast.

###### Door het Ministerie geprogrammeerde opgravingen

**Art. 28.** In opdracht van de Regering kan de bevoegde dienst van de Duitstalige Gemeenschap te allen tijde archeologische peilingen en opgravingen, van welke aard dan ook, uitvoeren.

De commissie wordt er op de hoogte van gebracht.

###### Detectoren

**Art. 29.** Het gebruik van elektronische en magnetische detectoren met het oog op het opsporen van archeologische goederen is verboden, behalve voor de houders van de in artikel 26 bepaalde machtiging en in geval van opdracht toevertrouwd door de Regering.

##### *Afdeling 3. — Archeologische peilingen en opgravingen van openbaar nut*

###### Ontdekkingen ter aanleiding van bouwwerken

**Art. 30.** Bij toevallige ontdekkingen ter aanleiding van bouwwerken kan de Regering beslissen dat het van algemeen nut is :

1° hetzij de uitvoering van de werken te schorsen tijdens een termijn van ten hoogste zestig kalenderdagen om over te gaan tot archeologische peilingen of opgravingen;

2° hetzij de bouwwerken te stoppen en, na advies van de commissie, de voorwaarden en vereisten vastleggen die voor de bescherming van de betrokken archeologische goederen noodzakelijk zijn en waaronder de werken kunnen worden voortgezet.

## Inbezitneming wegens algemeen nut

**Art. 31.** Bij besluit kan de Regering over de voorlopige inbezitneming van een vindplaats wegens algemeen nut beslissen om archeologische peilingen of opgravingen te kunnen uitvoeren. Behalve bij hoogdringendheid is het advies van de commissie vereist.

Het besluit bepaalt voor elke plaats de voorwaarden waaronder genoemde operaties kunnen worden uitgevoerd. Het duidt de personen aan die gemachtigd zijn voor de archeologische peilingen en opgravingen, bakent de ruimte af waarvan het gebruik nodig is, met inbegrip van de vereiste toegangen vanaf het meest nabij gelegen wegennet, en vermeldt de datum van het begin van de operaties en de duur ervan.

Het besluit wordt aan de eigenaar van de vindplaats per aangetekende brief betekend. Het wordt aan de commissie medegedeeld.

Binnen tien kalenderdagen na de ontvangst van deze kennisgeving informeert de eigenaar de huurder of de bewoner van het onroerend goed per aangetekende brief dat een besluit genomen is. De aan de eigenaar gerichte kennisgeving vermeldt deze informatieplicht.

De bij het besluit besloten archeologische peilingen of opgravingen kunnen binnen vijftien kalenderdagen na de kennisgeving van het besluit aan de betrokkene eigenaar ondernomen worden.

## Herstel na inbezitneming wegens algemeen nut

**Art. 32.** Na verloop van de in artikel 31, lid 2, bedoelde termijn van inbezitneming wegens algemeen nut moet de archeologische vindplaats in de oorspronkelijke staat van vóór de uitvoering van de in hetzelfde artikel bedoelde werken hersteld worden, tenzij een procedure tot bescherming of tot onteigening van de plaats wegens algemeen nut begonnen is.

## Onteigening

**Art. 33.** Op advies van de commissie kan de Regering archeologische vindplaatsen ten algemene nut onteigenen om archeologische goederen op te graven, te onderzoeken of naar voren te brengen. Het algemene nut wordt door de Regering verklaard. De onteigening wordt uitgevoerd volgens de procedure bepaald in de wet van 26 juli 1962 betreffende de rechtspleging bij hoogdringende omstandigheden inzake onteigening ten algemene nutte.

## Afdeling 4. — Toevallige ontdekkingen

## Informatieplicht

**Art. 34. § 1** – Worden onder de bodem- of wateroppervlakte voorwerpen gevonden die, op grond van hun toestand, vorm of aard klaarblijkelijk als archeologische goederen onder de toepassing van dit decreet vallen, dan moet dit onverwijld, t.w. ten laatste op de zevende kalenderdag na de ontdekking, aan de bevoegde dienst van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap worden medegedeeld. Dit geldt ook voor voorwerpen die, geheel of gedeeltelijk, na gebeurtenissen zoals regen, omploegen enz. toevallig aan de oppervlakte komen.

In de mate waarin ze op de hoogte zijn, moeten de ontdekker, de eigenaar van het terrein, de huurder of andere gebruikers alsmede, desgevallend, de verantwoordelijke bouwdirecteur aan een informatieplicht onderworpen zijn. Zodra een regelmatige kennisgeving heeft plaatsgevonden, worden de andere personen van hun informatieplicht vrijgesteld. De bevoegde dienst van het Ministerie informeert de eigenaar en de gebruiker van het betrokken terrein, voor zover ze niet de ontdekkers zijn, alsmede het betrokken gemeentebestuur.

§ 2 – De ontdekkingsplaats en de gevonden voorwerpen moeten tot de vijftiende kalenderdag na de kennisgeving in dezelfde staat gehouden worden, behalve als de bevoegde dienst van het Ministerie deze beperking vroeger opheft of in de voortzetting van de werken toestemt, of als een onmiddellijk gevaar bestaat voor het leven en de gezondheid van mensen of voor het behoud van de gevonden voorwerpen. Binnen dezelfde termijn moeten de ontdekkingsplaats en de gevonden voorwerpen tegen beschadiging, wijziging en vernietiging beschermd worden en, met het oog op een onderzoek, door de eigenaar, de huurder en de andere gebruikers toegankelijk worden gemaakt, opdat de bevoegde dienst van het Ministerie onderzoeken kan uitvoeren.

Naargelang de omvang van de archeologische vindplaats kan de Regering de termijn bepaald in het eerste lid tot drie maanden in totaal verlengen.

Overeenkomstig het advies van de commissie kan de Regering desgevallend aan de eigenaar of aan andere houders van een bouwrecht de aanwijzingen en verplichtingen vastleggen die bij de toekomstige werken moeten worden nageleefd. Deze moeten de eigenaar of andere houders van een bouwrecht worden medegedeeld. Worden deze niet nageleefd, dan kan de Regering de bouwwerken stoppen totdat de naleving van de verplichtingen voldoende verzekerd wordt.

## Afdeling 5. — Schadevergoeding

## Principe

**Art. 35.** Aan de aanvrager die materiële schade bewijst, wordt een schadevergoeding toegekend, als de schade voortvloeit uit :

- 1° de schorsing of stopzetting van de bouwwerken, zoals bedoeld in artikel 30;
- 2° de inbezitneming wegens algemeen nut bedoeld in artikel 31;
- 3° de verlenging van de termijn van vijftien dagen bedoeld in artikel 34, zover de totale termijn meer dan dertig dagen telt, onwerkbare dagen niet meegerekend.

De Regering legt het bedrag van de vergoeding vast en kent ze toe. Bij geschil bepaalt de vrederechter het bedrag van de vergoeding.

Er wordt geen vergoeding uitbetaald, als de aanvrager zijn informatieplicht, waarin artikel 34 voorziet, niet of slechts met vertraging naleeft.

## HOOFDSTUK V. — Koninklijke Commissie van de Duitstalige Gemeenschap voor de bescherming van monumenten en landschappen

## Samenstelling

**Art. 36. § 1** – De Commissie bestaat uit negen leden die een toereikende ervaring inzake monumentenzorg moeten kunnen bewijzen.

Na een oproep tot de kandidaten wijst de Regering de leden aan. Mogen niet commissielid worden :



- 1° de personeelsleden van de diensten van de Regering en van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap;  
 2° de leden van het Europees Parlement, van het federale parlement, van een gemeenschaps- of gewestparlement, van een regering, van een provincie- of gemeenteraad, of van het provinciecollege;  
 3° een provinciegouverneur.

§ 2 – Onder de commissieleden wijst de Regering een voorzitter en een vice-voorzitter aan.

#### Mandaat

**Art. 37.** De aanwijzing van de commissieleden geldt voor vier jaar. Indien een lid vroegtijdig moet worden vervangen, dan beëindigt het nieuwe lid zijn mandaat.

#### Opdrachten

**Art. 38.** In het kader van de bevoegdheden van de Duitstalige Gemeenschap inzake monumenten en landschappen, opgravingen inbegrepen, oefent de commissie de opdrachten uit die haar door decreten en besluiten toegewezen worden.

Op verzoek van de Regering brengt ze adviezen uit inzake cultureel patrimonium en monumenten en landschappen, opgravingen inbegrepen. Onverminderd andersluidende bepalingen van voorliggend decreet worden deze adviezen binnen dertig kalenderdagen uitgebracht.

#### Inlichtingen

**Art. 39.** De commissie wint alle noodzakelijke inlichtingen in.

Voor de uitvoering van haar opdrachten kan ze bij haar zittingen elke persoon oproepen wier aanwezigheid zij nuttig acht.

#### Discretieplicht

**Art. 40.** Alle bij de zittingen van de commissie aanwezige personen zijn aan de discretieplicht onderworpen waarvan de Regering, zo nodig, hen kan ontbinden.

#### Huishoudelijk reglement

**Art. 41.** De commissie stelt een huishoudelijk reglement op dat zij de Regering ter goedkeuring voorlegt.

Het huishoudelijk reglement vermeldt de gevallen waarin de commissieleden, wegens persoonlijk belang, de zittingen niet mogen bijwonen.

### HOOFDSTUK VI. — *Slotbepalingen*

#### Berekening van de termijnen

**Art. 42.** De in voorliggend decreet vermelde termijnen worden tussen 16 juli en 14 augustus geschorst.

#### Strafbepalingen

**Art. 43.** Onverminderd de toepassing van de bij de strafwetgeving of bij andere wetten of decreten bepaalde maatregelen wordt gestraft met een gevangenisstraf van 8 dagen tot 6 maanden en een geldboete van 100 tot 5.000 EUR of met slechts één van deze straffen :

1° wie de in het besluit houdende rangschikking overeenkomstig de artikelen 4 en 8 vastgelegde voorschriften niet naleeft;

2° wie een gerangschikt goed ombouwt zonder de in artikel 13 bepaalde erfgoedvergunning of in overtreding van de voorschriften ervan;

3° wie binnen een in de inventaris opgenomen archeologische vindplaats wijzigingen aanbrengt zonder de in artikel 26 bedoelde machtiging te hebben verkregen of in overtreding van de voorschriften ervan;

4° de instrumenterende ambtenaar, die in de akte van overdracht niet heeft vermeld dat het betrokken goed voorlopig of definitief gerangschikt is, zoals bepaald in artikel 15;

5° wie een elektronische of magnetische detector gebruikt in overtreding van het in artikel 29 bepaald verbod.

De bepalingen van Boek I van het Strafwetboek, hoofdstuk VII en artikel 85 inbegrepen, zijn van toepassing op de in het eerste lid bedoelde overtredingen.

#### Controle

**Art. 44.** Onafhankelijk van de officieren van gerechtelijke politie, aangewezen overeenkomstig andere wetgevingen, kan de Regering aan ambtenaren en beambten van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap het eigenschap van officier van gerechtelijke politie toekennen voor het opsporen en bij proces-verbaal vaststellen van de in artikel 43 bepaalde overtredingen. Zo nodig handelen ze in afspraak met de deskundigen.

#### Toegangsrecht en recht op informatie

**Art. 45.** Nadat de in artikel 44 bepaalde ambtenaren en beambten de eigenaar hebben verwittigd, hebben ze toegang tot de werf, tot de gebouwen alsmede tot de voorlopig of definitief gerangschikte monumenten om ieder onderzoek uit te voeren en nuttige vaststellingen te doen. Zij mogen alle oorden bezoeken waar peilingen of opgravingen plaatsvinden, zelfs degene die gesloten en gedekt zijn, en alle nuttige inlichtingen inwinnen, voor zover de uit dit decreet voortvloeiende opdrachten dit vereisen.

Wanneer de inspectie bedoeld in het eerste lid het karakter heeft van een huiszoeking, kunnen de ambtenaren en beambten daartoe enkel overgaan als hen de toegang herhaaldelijk werd geweigerd, als er aanwijzingen tot overtreding zijn en op voorwaarde dat toestemming gegeven werd door de politierechter.

Onverminderd het opleggen van de zwaarste straffen bepaald in de artikelen 269 en 275 van het Strafwetboek, zal eenieder die het uitoefenen van het hierboven vastgestelde bezoekrecht in de weg staat, worden gestraft met een gevangenisstraf van acht tot vijftien dagen en een boete van 50 tot 300 EUR of van één van die straffen alleen.

## Bevelen

**Art. 46.** De in artikel 44 bedoelde ambtenaren en beambten kunnen mondeling en ter plaatse de staking van de werken, van het gebruik van het gebouw of van handelingen gelasten wanneer zij vaststellen dat deze niet in overeenstemming met de verleende vergunning zijn of zonder vergunning worden uitgevoerd. De eventuele dienovereenkomstige kosten, aangegaan door de betrokkene, worden niet vergoed.

Op straffe van verval moet het bevel binnen vijf dagen door de Regering worden bekrachtigd.

Het proces-verbaal van vaststelling en de bekrachtigingsbeslissing worden, bij ter post aangetekende brief met bericht van ontvangst, ter kennis gebracht van de opdrachtgever, van de persoon of de aannemer die het werk uitvoert, of van de persoon die het gebouw gebruikt.

De betrokkene kan in kort geding de opheffing van de maatregelen vorderen; de vordering wordt gebracht vóór de voorzitter van de rechtbank van eerste aanleg.

De bovenvermelde ambtenaren en beambten zijn gerechtigd tot het treffen van alle maatregelen, verzegeling inbegrepen, om te voorzien in de onmiddellijke toepassing van het bevel tot staking, van de bekrachtigingsbeslissing of in voorkomend geval, van de beschikking van de voorzitter.

Ieder die de werken of de handelingen heeft voortgezet in strijd met het bevel tot staking, de bekrachtigingsbeslissing of de beschikking van de voorzitter, wordt – onverminderd de in artikel 43 voor de misdrijven bepaalde straffen – met gevangenisstraf van acht dagen tot een maand gestraft.

## Opheffing

**Art. 47.** Worden opgeheven :

1° de artikelen 66, 5°, en 68 van het Waalse Wetboek van Ruimtelijke Ordening, Stedenbouw en Patrimonium, gewijzigd bij het decreet van de Waalse Gewestraad van 18 juli 1991;

2° artikel 67 van het Waalse Wetboek van Ruimtelijke Ordening, Stedenbouw en Patrimonium, gewijzigd bij de decreten van de Waalse Gewestraad van 23 augustus 1985 en 18 juli 1991;

3° de artikelen 69 en 71 van het Waalse Wetboek van Ruimtelijke Ordening, Stedenbouw en Patrimonium;

4° artikel 70 van het Waalse Wetboek van Ruimtelijke Ordening, Stedenbouw en Patrimonium, gewijzigd bij het decreet van de Waalse Gewestraad van 23 augustus 1985;

5° artikelen 345 van het Waalse Wetboek van Ruimtelijke Ordening, Stedenbouw en Patrimonium, ingevoegd bij het decreet van de Waalse Gewestraad van 18 juli 1991 en gewijzigd bij het decreet van de Waalse Gewestraad van 1 juli 1993;

6° de artikelen 346, 347 à 367, 368 à 371, 393 en 394 van het Waalse Wetboek van Ruimtelijke Ordening, Stedenbouw en Patrimonium, ingevoegd bij het decreet van de Waalse Gewestraad van 18 juli 1991;

7° artikel 346bis van het Waalse Wetboek van Ruimtelijke Ordening, Stedenbouw en Patrimonium, ingevoegd bij het decreet van de Waalse Gewestraad van 9 december 1993, wat de aangelegenheid « opgravingen » betreft;

8° de artikelen 367bis en 392bis van het Waalse Wetboek van Ruimtelijke Ordening, Stedenbouw en Patrimonium, ingevoegd bij het decreet van de Waalse Gewestraad van 1 juli 1993;

9° de artikelen 232 à 252 van het Waalse Wetboek van Ruimtelijke Ordening, Stedenbouw en Patrimonium, ingevoegd bij het decreet van de Waalse Gewestraad van 1 juli 1999;

10° het decreet van 14 maart 1994 betreffende de Koninklijke Commissie van de Duitstalige Gemeenschap voor de bescherming van monumenten en landschappen, gewijzigd bij het programmadecreet van 23 oktober 2000 en het decreet van 25 juni 2007.

Wijziging van artikel 10 van het decreet betreffende de infrastructuur

**Art. 48.** Artikel 10, lid 1, van het decreet van 18 maart 2002 betreffende de infrastructuur, gewijzigd bij het programmadecreet van 25 juni 2007, wordt als volgt aangevuld : « , alsmede van de in artikel 39, § 3, vermelde infrastructuurprojecten m.b.t. gerangschikte gebouwen en landschappen, als de aanvrager een natuurlijke persoon is. »

Wijziging van een opschrift in het decreet betreffende de infrastructuur

**Art. 49.** Het opschrift van de onderafdeling 3 van het hoofdstuk I, afdeling 5, van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het programmadecreet van 25 juni 2007, wordt als volgt aangevuld : « en om subsidies voor gerangschikte gebouwen en landschappen ».

Wijziging van artikel 24bis van het decreet betreffende de infrastructuur

**Art. 50.** Artikel 24bis van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het programmadecreet van 25 juni 2007, wordt gewijzigd als volgt :

1° Het opschrift van het artikel wordt vervangen als volgt :

« Premies voor kampeertreinen, hotelbedrijven en vakantiewoningen, alsmede subsidies voor gerangschikte gebouwen en landschappen »;

2° § 1, lid 1, aangevuld met de volgende bepaling : « en om de in artikel 39, § 3, vermelde subsidies voor onder monumentenzorg geplaatste gebouwen en landschappen, als de aanvrager een privaatrechtelijke persoon is »;

3° In § 1, lid 2, wordt de opsomming aangevuld met de volgende bepaling :

« 7° bij gerangschikte gebouwen of landschappen een verklaring van de aanvrager dat hij bereid is om, op verzoek van de Regering, het gesubsidieerd voorwerp op de open monumentendagen of op maximaal 2 dagen per jaar toegankelijk te maken voor het publiek. »;

4° Paragraaf 2 wordt aangevuld met de volgende zin : « De belofte m.b.t. de in artikel 39 vermelde subsidies kan andere verplichtingen bevatten dan die van de erfgoedvergunning. »;

5° In hetzelfde artikel wordt het woord « premie » door de woorden « premie of subsidie » vervangen.

## Wijziging van artikel 39 van het decreet betreffende de infrastructuur

**Art. 51.** Artikel 39 van hetzelfde decreet wordt vervangen door de volgende bepaling :

« Artikel 39 – § 1 – Slechts het infrastructuurproject dat in artikel 2, lid 1, 4<sup>o</sup>, vermeld en door de erfgoedvergunning toegelaten is, komt in aanmerking voor een subsidiëring als het gaat om onder monumentenzorg geplaatste gebouwen en landschappen of om daaraan vast verbonden inrichtingen als deze tot onder monumentenzorg geplaatste onroerende goederen of landschappen behoren.

Slechts definitief gerangschikte monumenten en landschappen komen in aanmerking voor een subsidiëring, behalve als de aanvraag betrekking heeft tot de in artikel 22, § 1, vermelde dringende instaatstellingswerken, die ook aan voorlopig gerangschikte monumenten en landschappen kunnen worden uitgevoerd en gesubsidieerd.

§ 2 – In afwijking van artikel 12 moet de aanvrager eigenaar zijn van het te subsidiëren gerangschikt onroerend goed.

In afwijking van artikel 18, § 2, lid 3, mogen de evenredige uitbetalingen ten hoogste 60 % van de globale subsidie belopen. De globale resp. de overblijvende subsidie wordt pas uitbetaald, nadat de Regering ter plaatse heeft onderzocht of de werken al dan niet overeenkomstig de vereisten van de erfgoedvergunning en de desgevallend bij de subsidiebelofte bijkomende opgelegde verplichtingen zijn uitgevoerd.

§ 3 – In afwijking van artikel 16 bedraagt de toelage 40 % van het totaal subsidieerbaar bedrag der uitgaven, met een maximum van 100.000 EUR, als de aanvrager een natuurlijke persoon is. »

## Wijziging van het programmadecreet van 20 februari 2006

**Art. 52.** Artikel 32, lid 2, van het programmadecreet van 20 februari 2006 wordt vervangen door de volgende bepaling :

« In afwijking van lid 1 bestaat geen recht op de uitbetaling van toelagen

– die minder dan 2.500 EUR bedragen voor de infrastructuurprojecten bedoeld in artikel 2, lid 1, 1<sup>o</sup> tot 3<sup>o</sup>, 5<sup>o</sup> en 7<sup>o</sup> tot 10<sup>o</sup> van het decreet van 18 maart 2002 betreffende de infrastructuur;

– die minder dan 2.500 EUR bedragen voor het infrastructuurproject bedoeld in artikel 2, lid 1, 4<sup>o</sup>, van hetzelfde decreet, als de aanvrager een rechtspersoon is;

– die minder dan 750 EUR bedragen voor het infrastructuurproject bedoeld in artikel 2, lid 1, 4<sup>o</sup>, van hetzelfde decreet, als de aanvrager een natuurlijke persoon is;

– die minder dan 750 EUR bedragen voor het infrastructuurproject bedoeld in artikel 2, lid 1, 6<sup>o</sup>, van hetzelfde decreet. »

## Overgangsbepalingen

**Art. 53.** De bij de inwerkingtreding van dit decreet lopende procedures worden voortgezet overeenkomstig de voorschriften die vóór de inwerkingtreding geldig waren.

De in artikel 13 bepaalde erfgoedvergunning is niet vereist voor de werken waarvoor een definitieve stedenbouwkundige of verkavelingsvergunning vóór de inwerkingtreding van voorliggend decreet verleend was.

## Verkort opschrift

**Art. 54.** Dit decreet wordt ook « Denkmalschutzdekret » (erfgoeddecreet) genoemd.

## Inwerkingtreding

**Art. 55.** Voorliggend decreet treedt in werking op 1 januari 2009.

Wij kondigen dit decreet af en bevelen dat het door het *Belgisch Staatsblad* bekendgemaakt wordt.

Eupen, 23 juni 2008.

De Minister-President van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap,  
Minister van Lokale Besturen,  
K.-H. LAMBERTZ

De Vice-Minister-President van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap,  
Minister van Vorming en Werkgelegenheid, Sociale Aangelegenheden en Toerisme,  
B. GENTGES

De Minister van Onderwijs en Wetenschappelijk Onderzoek,  
O. PAASCH

De Minister van Cultuur en Media, Monumentenzorg, Jeugd en Sport,  
Mevr. I. WEYKMANS

## Nota's

(1) *Zitting 2007–2008*

*Parlementaire stukken* : 115 (2007–2008) Nr. 1 Ontwerp van decreet

115 (2007–2008) Nrs. 2–4 Voorstellen tot wijziging.

115 (2007–2008) Nr. 5 Verslag.

115 (2007–2008) Nr. 6 Voorstel tot wijziging van de door de commissie aangenomen tekst.

*Integraal verslag* : Bespreking en aanneming – Zitting van 23 juni 2008.